

Freisinn FDP

Herausgeber/Redaktion: Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (Bern)
Redaktion Kantonalteil: die jeweilige Kantonalpartei

Inserate: Neue Zürcher Zeitung (Zürich)
Kretz Annoncen AG (Herrliberg)

Politischer Druck endlich erfolgreich



Die markanten Worte des FDP-Parteipräsidenten, Nationalrat Franz Steinegger, zur Asylpolitik an der a. o. Delegiertenversammlung in Frauenfeld vom 21. August 1993 sorgten landesweit für Aufsehen.
(Photo ruti)

Nach monatelangem Zögern hat nun auch der Bundesrat den Handlungsbedarf beim Problem der straffälligen Asylbewerber erkannt. Von vielen Medienschaffenden als «Sommertheater» abqualifiziert, von zahlreichen Reaktionen aus der Bevölkerung jedoch positiv unterstützt, hat der nachhaltige Druck der FDP zu einem ersten Ergebnis geführt: Bundesrat Koller stellte erste Massnahmen vor.

AMK. Von freisinniger Seite wurde das Problem nicht erst im Juli 1993 aufgeworfen, sondern bereits in der Sondersession im Januar 1992. Damals forderte der Zuger Ständerat Andreas Iten den Bundesrat in einer Motion auf, «eine Asylstation für renitente und kriminelle Asylbewerber zu schaffen».

Dieser Vorstoss kam nicht von ungefähr, war doch Ständerat Iten als Regierungsrat mit konkreten Problemen in seinem Kanton konfrontiert, bei denen ihm das Bundesamt für Flüchtlinge (BFF) wegen fehlender gesetzlicher Grundlagen nicht helfen konnte.

Mit der Antwort des Bundesrates war Ständerat Iten daraufhin nicht zufrieden. Das führte dazu, dass FDP-Nationalrätin Trix Heberlein (Zürich) im Juni 1992 mit einer Motion erneut Druck aufsetzte.

Die Forderungen der FDP zielen auf die Verminderung missbräuchlicher Asylgesuche. Diese Forderung dürfte unbestritten sein. Ein Missbrauch unserer Asylgesetzgebung muss verhindert werden, zu Recht wird er in der Bevölkerung nicht verstanden. Die Gefahr, dass negative Beispiele verallgemeinert werden, ist gross. ■

Gruselkabinett

Anfang September hat die SP den Entwurf eines Wirtschaftsprogramms für die Jahre 1993 bis 2005 vorgestellt. Wer glaubt, die SP habe aus der jüngsten Geschichte gelernt, sieht sich getäuscht.

AMK. Vor wenigen Jahren noch vertrat die SP das Ziel der Überwindung des Kapitalismus. 1982 empfahl die Partei, auf das jugoslawische Selbstverwaltungsmodell umzusteigen. Heute befürwortet die SP eine auf staatliche Planungen und verbindliche Zielvorgaben beruhende Wirtschaftspolitik – Vorstellungen aus dem ökonomischen Gruselkabinett, wie man spätestens seit dem Zusammenbruch aller zentral verwalteten Volkswirtschaftssysteme weiss oder wissen sollte.

Die Partei nennt dieses ordnungspolitische «Mischsystem» einen «weiterentwickelten Keynesianismus». Eine treffendere Bezeichnung der SP-Vorstellungen für die Zukunft wäre wohl das längst ebenfalls ad acta gelegte System des «Dritten Weges».

Lesen Sie eine erste Analyse ab Seite 5.

Inhalt

- Gedanken zum Verhältnis Politik und Wirtschaft
lesen Sie Seite **7**
- Verpassen Sie *ihn* nicht!
Beachten Sie Seite **8**
- Gedanken zur Regierungsreform von FDP-Ständerat Jagmetti
finden Sie ab Seite **10**
- Ein Jahr FDP Schweiz International: eine Bilanz wird gezogen Seite **13**

Vorstufe zu einer Zwischenstufe

Das Abkommen zwischen Israel und der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) über begrenzte Autonomie für die Palästinenser im Gazastreifen und in Jericho ist Vorstufe zu einer Zwischenstufe zu einem palästinensischen Staat.

◉ Jacques Baumgartner

Die Vorstufe ist begrenzte Selbstverwaltung der Palästinenser in dem am Mittelmeer gelegenen, mit 800 000 Menschen überbevölkerten Gazastreifen und in der Oasenstadt Jericho. Die Zwischenstufe soll hernach in Selbstverwaltung in allen besetzten Gebieten münden, das heisst auch im gesamten Westjordanland. Vor- und Zwischenstufe dauern fünf Jahre. Danach wird über das eigentliche Ziel der Palästinenser, die Schaffung eines eigenen Staates, erneut verhandelt werden.

Die Regierung von Ministerpräsident Yitzhak Rabin und die von Yassir Arafat angeführte PLO haben wohlweislich den künftigen Status von (Ost-)Jerusalem ausgeklammert. Für Israeli und Palästinenser ist Jerusalem die

Das Abkommen

Das Autonomieabkommen verpflichtet Israel zu einem Abzug aus dem Gazastreifen und dem Gebiet um Jericho innert eines halben Jahres. Die Palästinenser in den autonomen Gebieten wählen innert neun Monaten eine eigene Verwaltung. Diese ist zuständig für das Gesundheits-, Schul- und Sozialwesen, für Kultur. Für Recht und Ordnung sorgt eine palästinensische Polizeitruppe (wahrscheinlich fast ausschliesslich aus PLO-Leuten gebildet).

Die autonomen Gebiete bleiben in der «Vorstufe» unter israelischer Souveränität. In die israelische Zuständigkeit fallen die «allgemeine Sicherheit» und die jüdischen Siedlungen in den autonomen Gebieten. ■

Hauptstadt. Aber derzeit kann weder die PLO noch die israelische Regierung in dieser heiklen Frage irgendwelche Zugeständnisse machen.

Der Gazastreifen wird auch Vorhof der Hölle genannt. Diesen Vorhof eroberten die Israeli im Sechstagekrieg 1967; eigentlich ist er eine Ansammlung von Flüchtlingslagern, die Brutstätten des Terrorismus waren und zum Teil noch sind. Die Israeli dürften sich aus dieser «Hölle» gerne zurückziehen.

Jericho mit seinen schätzungsweise 12 000 Einwohnern liegt dreihundert Meter unter dem Meeresspiegel, mitten in der braunen, sonnenversengten Wüste der Jordanebene. Seit ferner Vergangenheit wird Jericho wegen seines wohlbewässerten Bodens, seiner Orangen, Bananen und Datteln auch als «Paradies auf Erden» bezeichnet.

Das zwischen Israel und der PLO erreichte Abkommen bedeutet, dass Israel fortan die Organisation als einen gleichberechtigten Partner bei den Friedensverhandlungen betrachtet. Diese begannen im Oktober vor zwei Jahren, und zwar unter der Schirmherrschaft der USA und der damaligen Sowjetunion.

**Die begrenzte Autonomie-
regelung bedeutet auch,
dass das Ende einer Ära erreicht
worden ist, dass eine neue
begonnen hat. Es ist das Ende
der Ära des Traumes von einem
Gross-Israel, das Ende des
palästinensischen Traumes von
einem Gross-Palästina vom
Jordanal bis zum Mittelmeer.**

Das Abkommen, das Israeli und PLO-Vertreter insgeheim im «fernen» Norwegen aushandelten, stösst im arabischen Lager nicht überall auf Begeisterung. Die PLO war bis anhin auch ein nütz-

liches Instrument in den Händen arabischer Staaten gewesen, um von eigenem Unvermögen abzulenken. Die Schuld für wirtschaftlichen Niedergang, für soziale Missstände wurde dem «zionistischen Feind» in die Schuhe geschoben.

Jetzt gilt es aber, Friedensfarbe zu bekennen. Vorab das Syrien von Staatschef Hafiz Assad zeigte keine Begeisterung. Ebenso die verschiedenen radikalen bis extremistischen Organisationen innerhalb der PLO und die in Konkurrenz zur PLO stehende islamisch-fundamentalistische Hamas-Bewegung. Hamas drohte sogar mit Bürgerkrieg. Aber die Fatah von Yassir Arafat ist die stärkste Fraktion innerhalb der PLO. Entscheidend ist, dass sie hinter Arafat steht.

Jordanien bangt um seine Sicherheit, wenn sich die israelische Armee aus den autonomen Gebieten zurückgezogen haben wird. Amman will Garantien, dass die Sicherheit gewährleistet bleibt. Das ist ebenfalls eine Anspielung auf den erstarkenden islamischen Fundamentalismus in Jordanien selbst und unter den Palästinensern.

Fundamentalismusträger ist Hamas. Hamas heisst «Begeisterung», und Hamas ist das arabische Akronym für «Islamische Widerstandsbewegung». Hamas ist ein Spross der ägyptischen Muslim-Bruderschaft. Diese war ihrerseits eine Folge des Zusammenbruchs, den das Osmanische Reich in den Augen frommer Muslime durch weltliche Korruption erlebte. Die Bruderschaft entfaltete ihre Tätigkeit unter den Palästinensern nach dem Sechstagekrieg 1967. 1978 liess sich die von Scheich Ahmad Yassin zunächst als Wohltätigkeitsverein gedachte Hamas unter dem Namen «Al Mujama» im Gazastreifen registrieren. Hamas kämpft nicht nur gegen Israel, sondern auch gegen Fatah. Die PLO möchte letztlich einen säkularen Palästinenserstaat schaffen. Hamas hingegen erstrebt als Endziel einen sich «auf alle ara-

bischen und muslimischen Länder erstreckenden islamischen Staat». Laut Hamas-Charta reichen die Grenzen des zu befreienden Palästina vom Mittelmeer bis zum Jordan(-fluss). Aus diesem Grunde widersetzt sich Hamas einer palästinensischen Selbstverwaltung und lehnt die arabisch-israelischen Friedensgespräche ab.

Ermutigender ist das Echo aus den arabischen Golfstaaten. In Riad begrüsst den Aussenminister der Mitgliedstaaten des Golfkooperationsrates (GCC) – Saudiarabien, Bahrain, Katar, Kuwait, Oman und die Vereinigten Arabischen Emirate – die Autonomievereinbarung, wenn auch nur «als ersten Schritt zu einer umfassenden Friedensregelung, der der vollständige Rückzug Israels aus den besetzten arabischen Gebieten zugrunde liegen müsse».

Widerstand gegen das Autonomieabkommen gibt es auch in Israel, aber mehrheitlich befürworten die Israeli die Regelung. Und der oppositionelle Likudblock ist uneins. Wenn er auch von einem «Höhepunkt der Dummheit» spricht, so verbirgt sich hinter der Bemerkung, «Israel ist eine Demokratie, und wir achten die demokratisch gewählte Regierung» letztlich stillschweigend Annahme der Vereinbarung. Ein entscheidender Grund, weshalb Israel und die PLO sich jetzt zu einer Regelung durchgerungen haben, dürfte darin liegen, dass die PLO ohne – im wahrsten Sinne des Wortes – israelische Hilfe am Ende gewesen wäre.

Israel bewahrt die PLO vor dem Untergang, aber nicht aus Liebe zur PLO, sondern weil eine PLO-Nachfolgeorganisation (Hamas beispielsweise) weitaus radikaler und unversöhnlicher ist.

Bis zum Frieden im Gelobten Land ist es noch ein weiter Weg, aber die Chancen für einen umfassenden Nahost-Frieden stehen heute besser denn je. ■

Peter Büel: mit 48 Jahren «frei»

Wenn Sie in die Zukunft blicken, worauf gründet sich Ihre grösste Hoffnung?

Dass die sinnlose und erfolglose Repression der Drogenkonsumenten und das dogmatische Festhalten an der Illusion einer drogenfreien Gesellschaft sich nun dem Ende zuneigen.

Was bereitet Ihnen die grösste Sorge?

Die gegenwärtigen Entwicklungen in Europa: einerseits die von oben dekretierte gleichmacherische Vereinigung der EG-Staaten und solcher, die es werden möchten, andererseits im Osten das Auseinanderbrechen von Staaten, der stark aufkommende Nationalismus und die unzähligen ungelösten Probleme mit nationalen Minderheiten, die entweder bereits kriegerisch ausgetragen werden oder noch zu Kriegen führen können.

Welche Erfindung der Menschheit halten Sie für die wichtigste, welche für die entbehrlichste?

Die wichtigste: das Rad – die entbehrlichste: gentechnische Ma-

nipulationen an den natürlichen Eigenschaften von Menschen, Tieren und Pflanzen, sobald diese über einen eng definierten Bereich zur Verhinderung beziehungsweise Heilung von schweren Krankheiten hinausgehen.

Was lieben Sie an der Schweiz?

Die abwechslungsreiche Natur und den gesunden politischen Instinkt desjenigen Teils der Bevölkerung, welcher sich an der direkten Demokratie beteiligt.

Was missfällt Ihnen an unserem Land?

Dass nicht alle Schweizerinnen und Schweizer an Abstimmungen und Wahlen teilnehmen und dass die Rücksichtslosigkeit in vielen Bereichen eher zunimmt.

Können Sie sich mit dem Wort Bertrand Russells einverstanden erklären: «Mehrheiten zementieren das Bestehende, Fortschritt ist nur über die Minderheiten möglich»?

Irgendwie (leider) schon, denn wenn die grossen Parteien recht-

schaftsführer einer Handels- und Entwicklungsfirma für Verkaufsförderungs- und Werbematerial.

Politischer Werdegang: Seit 1989 Präsident der FDP Cham, Mitglied des Vorstandes der FDP des Kantons Zug, Leitung von Arbeitsgruppen der Kantonalpartei, Mitarbeit in Kommissionen der Gemeinde Cham, Delegierter der Innerschweizerischen Radio- und Fernseh-Gesellschaft.

Liebste Tätigkeiten: Seit drei Jahren kenne ich nur noch liebste Tätigkeiten: ganzjährig Politik, im Herbst die Jagd, am Abend Wein aus der Region Bordeaux, und ab und zu arbeite ich als Limousinen-Chauffeur. ■



Peter Büel kennt seit drei Jahren nur noch «liebste Tätigkeiten».

zeitig die notwendigen neuen Einsichten selbst entwickelt und vernünftig umgesetzt hätten, wären uns viele Einthemen-Parteien geblieben.

Warum sind Sie bei der FDP?

Vor rund zehn Jahren beschloss ich, einer Partei beizutreten, weil es mir in der Schweiz lange gut ergangen ist und ich versuchen will, etwas davon an die Gemeinschaft zurückzugeben. Es war die FDP, weil diese meinen persönlichen Überzeugungen am nächsten kommt. Die CVP kam nicht in Frage, da ich finde, dass Politik und Religion auf keinen Fall miteinander verbunden werden sollten. Die SP war nicht das Richtige, weil ich dort zu wenig Arbeiter und zu viele intellektuelle Theoretiker sah und es mir nicht gefiel, dass diese Geld für den Sozialstaat ihrer Prägung ausgeben wollen, das noch gar nicht verdient ist. Eine SVP gab es damals im Kanton Zug noch nicht, was sich für mich als Vorteil herausstellte, weil sich sowohl diese Partei als auch ich mich seither politisch bewegt haben – allerdings in verschiedene Richtungen.

Wodurch kann eine Politikerin, ein Politiker Sie überzeugen?

Durch Sachverstand, Unvoreingenommenheit, Unabhängigkeit, Diskussionsbereitschaft, Ehrlichkeit und Offenheit.

Gesetzt, es gäbe einen Nobelpreis für Politiker. Wem würden Sie ihn verleihen?

Winston S. Churchill.

Was fällt Ihnen zum Thema Männer und Frauen ein?

Dass Quoten eigentlich eine Beleidigung für alle politisch engagierten Frauen sind und dass viel mehr Frauen aus dem Schneckenhäuser kommen sollten, weil ihnen die Türen nicht nur bei der FDP Cham offenstehen.

Was sehen Sie als Ihre persönliche Schwäche an, was als Ihre persönliche Stärke?

Da ich Hemmungen habe, mich selbst zu äussern, lasse ich meine Frau zu Wort kommen. Originalton Doris Büel: «Schwäche: manchmal zu verbissen/stur – Stärke: Offenheit/Ehrlichkeit.»

Welches Buch lesen Sie gerade jetzt?

Momentan zwei: «Elephant Song», der neueste Wilbur Smith im Original, und «Lösungen» von Paul Watzlawick und Mitautoren.

Was tun Sie, um sich fit zu halten?

Conconi-Training auf dem Heimtrainer, jedes Wochenende drei Saunagänge und einige Kilometer zu Fuss bei der Jagd, dazu natürlich Velofahrten im Dorf.

Was möchten Sie am liebsten tun können, was Sie nicht können?

Alle Musikinstrumente spielen und jede Sprache der Welt verstehen und sprechen können.

Welche schweizerische Persönlichkeit möchten Sie gerne kennenlernen und warum?

Leider lässt sich gerade dieser Wunsch nicht mehr erfüllen: Jean Tinguely. ■

KURZBIOGRAPHIE

Peter Büel

Zur Person: Im Sternzeichen Krebs geboren und aufgewachsen in der Stadt Zürich. KV-Lehre in einer internationalen Transportfirma. Motorfahrerober (Obl) 1966 bis 1990. Motorflugpilot 1975 bis 1983. Seit 1972 im Kanton Zug wohnhaft, seit 1982 verheiratet, 1990 mit 45 Jahren bewusst aus dem Erwerbsleben ausgetreten.

Alter: 48 Jahre.

Berufliche Stationen: 4 Jahre Disponent im erlernten Beruf, 2 Jahre Assistent des schwedischen Handelsattachés in der Schweiz, 2 Jahre Direktionsassistent eines Datenverarbeitungszentrums, 18 Jahre Ge-

Nachhaltige Entwicklung

Beim Erdgipfel 1992 stimmten die Länder der Welt einem Aktionsplan zu, der zum Ziel hat, den Planeten Erde zu retten und eine Welt zu gestalten, in der sich besser leben und arbeiten lässt. Nun ist eine allgemein verständliche Kurzfassung der umfangreichen Dokumente von Rio herausgekommen, welche die Agenda 21, die Rahmenkonvention über Klimaveränderungen, die Konvention über die biologische Vielfalt und die Rahmenprinzipien für den Schutz der Wälder mit einschliesst.

In vierzig kurzen, aber prägnanten Kapiteln erklärt die «Agenda für eine nachhaltige Entwicklung», worauf sich die führenden Politiker anlässlich der grössten Gipfelkonferenz der Welt in Rio de Janeiro geeinigt haben.

Das Buch wurde vom preisgekrönten Umweltschriftsteller Michael Keating verfasst, und es ermöglicht jedem Leser, die grossen Fragen rund um Klimaveränderung, Armut, Entwaldung, Bevölkerung und Konsumverhalten zu verstehen. Gleichzeitig umreisst es den Aktionsplan von Rio für eine nachhaltige Entwicklung. Es bietet die bisher besten Antworten auf die Frage: Wie können wir die Welt vor dem Teufelskreis von Schulden, Armut und

Umweltschäden retten? Die «Agenda für eine nachhaltige Entwicklung» gehört zur Pflichtlektüre eines jeden Menschen, der begreifen will, was im Hinblick auf die grössten Probleme getan werden kann, welche die Welt bedrohen.

Die Initiative und die Unterstützung des Schweizerischen Bundesamtes für Umwelt, Wald und Landschaft haben dieses Buch erst ermöglicht. Es ist vom «Centre for Our Common Future» in Genf herausgegeben worden und kann auch dort bezogen werden.

* Ellen Permató, Information Director, Centre for Our Common Future, Palais Wilson, 52 rue des Pâquis, 1201 Geneva, Switzerland. Telephone (41 22) 732 71 17; Fax (41 22) 738 50 46.

In neuer Aufmachung

Neue Aufmachung für die auflagenstärkste Broschüre des Bundes, die alljährlich vom Informationsdienst der Bundeskanzlei herausgegeben wird. Die moderne Gestaltung soll noch mehr zur Lektüre anregen. Zahlreiche Photos und Graphiken ergänzen die auf Umweltpapier gedruckte Broschüre.

Der Inhalt dieser in den Amtssprachen (D/F/I) erscheinenden Broschüre bleibt gleich. Das Heft gibt in stichwortartiger Form einen Überblick über die Institutionen des Bundes und deren Hauptaufgaben. Es zeigt die Photos des Bundespräsidenten, der Bundesräte, des Bundeskanzlers, der Präsidenten von National- und Ständerat sowie der höchsten Gerichte. Zahlreiche weitere Bilder bereichern die Broschüre. Tabellen, Organisa-



tionsschemen und Graphiken erleichtern den Überblick.

Die Publikation eignet sich für den staatsbürgerlichen Unterricht, für politisch Interessierte und für alle, die einen kurzen Blick auf die Aufgaben des Bundes werfen wollen.

In der neu erschienenen Ausgabe 1993 sind alle Fakten und Daten auf den aktuellen Stand ge-

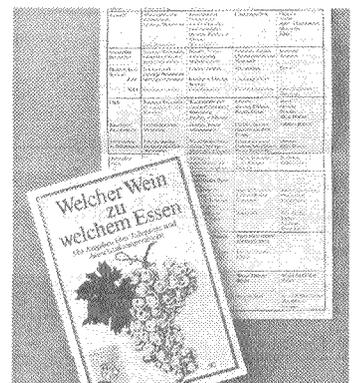
bracht. In den vergangenen Jahren wurden jeweils rund 150 000 Exemplare der Broschüre an Schulen, Parteien, Besucher des Bundeshauses und andere Besteller geliefert.

Die Broschüre kann unentgeltlich bei folgender Adresse unter Beilage einer adressierten Klebeetikette bezogen werden: EDMZ, 3000 Bern.

«Lasset Wein in Strömen fliessen . . .»

. . . sagte schon Horaz in seiner berühmten elften Ode vor 2000 Jahren, als er seinen Mitmenschen empfahl, jeden Tag als Geschenk zu geniessen. Damals bestanden wohl die Ströme aus wenigen Weinsorten. Heute jedoch ist es die Fülle an verschiedenen Weinen, die den Geniesser zum Grübeln bringt. Hier hilft die soeben im Verlag Mosse Adress AG erschienene Broschüre «Welcher Wein zu welchem Essen».

Passt ein Gewürztraminer zum Räucheraal? Welchen Wein könnte man zu einem Pilzgericht servieren? Derartige Fragen beantwortet die handliche Broschüre «Welcher Wein zu welchem Essen», die in jeder Anzug- oder Handtasche Platz findet. Die Ausgabe 1992 liefert Angaben über die Qualität von acht Jahrgängen, über die Ausschanktemperatu-

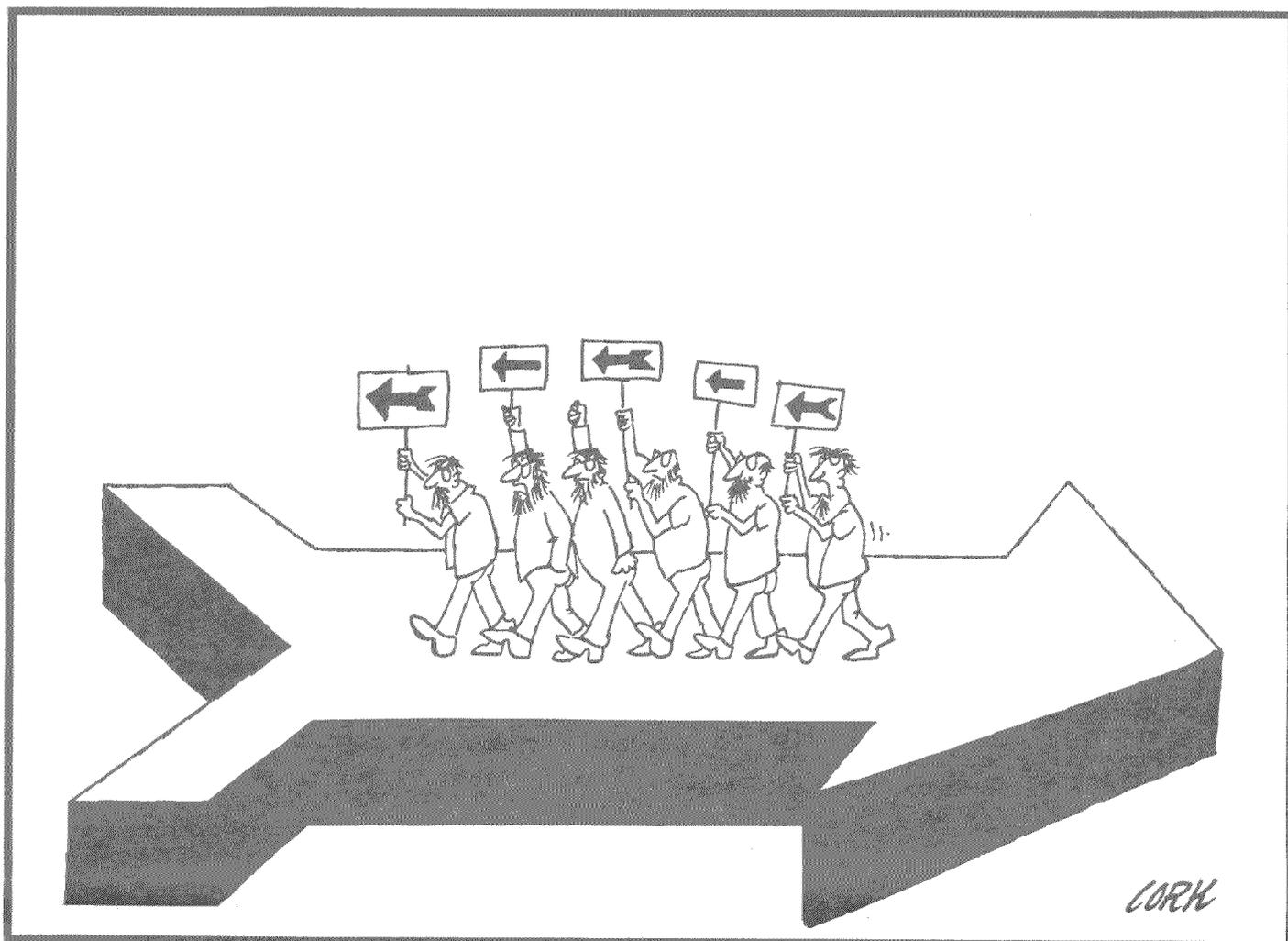


ren und die Bedeutung der Abkürzungen auf den Etiketten.

Der ausführliche erste Teil der Broschüre widmet sich der idealen Kombination zwischen Speise und Trank. So ist schnell ersichtlich, welche Weine sich für welche Fleisch- oder Fischgerichte eignen, welche Salate mit Wein genossen werden können und ob sich Dessert und Wein vertragen.

PD

Die zehnte Ausgabe der Broschüre «Welcher Wein zu welchem Essen» ist soeben im Verlag Mosse Adress AG erschienen und liefert die Angaben zu achtzig Weinen aus der Schweiz, aus Frankreich, Italien und Spanien der Jahrgänge 1984 bis 1991. Sie ist erhältlich zum Preis von Fr. 3.- in Briefmarken plus einem frankierten Antwortcouvert bei Mosse Adress AG, Räfelfstrasse 25, 8045 Zürich.



BE-27

Rückwärts in die Zukunft?

«Neo-Keynesianismus» nach SP-Rezept

Die SP hat Anfang September einen Entwurf eines Wirtschaftsprogramms für die Jahre 1993 bis 2005 vorgestellt. Am SP-Parteitag im Mai 1994 soll das Wirtschaftsprogramm diskutiert und verabschiedet werden. Aus freisinniger Sicht beinhaltet dieses Programm einige geballte Ladungen, die zu verschiedenen politischen Auseinandersetzungen Anlass geben dürften.

◆ Sven Bradke*

Vor wenigen Tagen hat die SP ihr neues Wirtschaftskonzept vorgestellt. Wer glaubt, dass sich die

* Mitarbeiter am Schweizerischen Institut für Aussenwirtschafts-, Struktur- und Regionalforschung (SIASR) an der Hochschule St. Gallen unter Prof. Hauser, Präsident der FDP der Stadt St. Gallen. Arbeitet gegenwärtig an einer wirtschaftspolitischen Studie im Rahmen des NFP 28 (Nationalfondsprogramm 28). Schreibt regelmässig für den «Freisinn».

Sozialdemokraten mit dem «Schicksal der Geschichte» abgefunden haben, sieht sich getäuscht. Vertrat diese Partei noch vor wenigen Jahren das Ziel der Überwindung des Kapitalismus, so befürwortet sie heute eine auf staatliche Planungen und verbindliche Zielvorgaben beruhende Wirtschaftspolitik.

Die ideologische Abschwächung ihrer wirtschaftspoliti-

schen Zielsetzung ist somit nur gradueller Natur. Mittels «wirtschaftlicher Eckdaten» und jährlich erhobener Statistiken soll staatliche Wirtschaftspolitik betrieben werden. Im Jargon der Sozialdemokraten heisst dieses ordnungspolitische «Mischsystem» zwischen Plan und Markt weiterentwickelter Keynesianismus. Eine treffendere Bezeichnung wäre wohl das wissenschaftlich längst ad acta gelegte System des Dritten Weges.

Der Markt als spontane Ordnung

Eine Marktwirtschaft ist nicht planbar. Das Grundlegende einer Marktwirtschaft ist ja gerade, dass die Resultate der vielen interaktiv stattfindenden Prozes-

se zwischen verschiedenen Marktteilnehmern nicht vorhersehbar und somit auch nicht planbar sind. Marktwirtschaft ist das tägliche Spiel von Angebot und Nachfrage aller am Markt teilnehmenden Individuen und Unternehmen. Könnte beispielsweise jemand systematisch den DM-SFr.-Wechselkurs korrekt vorhersehen, so wäre der- oder diejenige Multimilliardär.

Genau gleich wie Individuen in der Regel den wahren Wechselkurs nicht vorherbestimmen können, kann der Staat nicht über «wirtschaftliche Eckdaten» und statistische Globalgrössen eine Wirtschaftspolitik betreiben. Dieses Experiment ist in den Zentralverwaltungswirtschaften und in abgeschwächter Form auch im Frankreich der Nachkriegszeit gescheitert.

Dass wettbewerblich organisierte Systeme nicht planbar sind, verdeutlicht schon der Begriff der Marktwirtschaft. Über-

Fortsetzung auf Seite 6

Fortsetzung von Seite 5

private Investitions-, Produktions- und Konsumausgaben entscheidet schliesslich nicht der Staat, sondern eben die am Markt «versammelten» Akteure.

Reichtumssteuer

Erfreulich am neuen Wirtschaftsprogramm der SP ist die Feststellung, dass die «Konkurrenzfähigkeit der schweizerischen Wirtschaft im internationalen Wettbewerb wirksam gestärkt werden muss». Die vorgeschlagenen Instrumente zur Verwirklichung dieses Zieles sind zum Teil weniger erfreulich.

Gemäss dem Vorwurf, dass «Kapitalismus sozial, ökologisch und geographisch blind und zerstörerisch» ist, werden verschiedene Postulate aufgestellt. Neben positiven Forderungen wie der Schaffung eines echten Binnenmarktes, der Straffung des Wettbewerbsrechts, der Sicherstellung nichtdiskriminierender Submissionen sowie der Erhaltung eines leistungsfähigen Finanzplatzes stehen im gleichen Papier stark interventionistisch geprägte Vorschläge.

Als Steckenpferd der Sozialdemokraten steht dabei natürlich die Sozialpolitik im Vordergrund. Eine AHV mit erhöhter Einheitsrente, höhere Kinderzulagen und ein sozialer finanziertes Gesundheitswesen sind die Vorgaben. Dazu soll noch ein «gerechteres» Steuersystem, verbunden mit einer Reichtumssteuerinitiative, lanciert werden.

Gerechteres Steuersystem heisst in der Sprache der Sozialdemokraten eine Harmonisie-

rung der kantonalen Steuergesetzgebungen, wobei die Vermögens- und Erbschaftssteuern erhöht werden sollen sowie eine noch progressivere Belastung der Besserverdienenden eingeführt werden soll.

Industrie- und Technologiepolitik

Zur Verbesserung der Standortpolitik schlägt die SP eine aktive und zukunftsgerichtete Beteiligung des Staates an der Wirtschaftsentwicklung vor. Unter anderem soll eine schweizerische Industrie- und Technologiepolitik für Klein- und Mittelbetriebe forciert werden. Solange nur Grundlagenforschung subventioniert werden soll, steht diesem Vorschlag wenig entgegen. Eine gezielte, produkt- und absatzorientierte Industrie- und Technologiepolitik wäre allerdings mit Vorsicht zu geniessen. Auch hier gilt es davor zu warnen, dass der Staat im Vergleich zu den privaten Wirtschaftsakteuren die zukünftige Nachfrage von Produkten und Dienstleistungen kaum besser einschätzen kann.

Lehren?

Was für Schlüsse lässt dieses sozialdemokratische Wirtschaftskonzept zu?

■ Die Sozialdemokraten werden weiterhin mit den Argumenten Staat, staatliche Planung, staatliche Einkommensumverteilung politisieren. Neues wirtschaftspolitisches Ziel ist jedoch die soziale, ökologische und frauenfreundliche Mischverfassung des Dritten Weges.

■ Die ideologische Gesinnung der SP scheint sich nur graduell verändert zu haben. Nach wie vor wird mit Schlagworten wie Kapitalisten, Patriarchat, Ausbeutung von Frauen und Natur usw. argumentiert.

■ Bekenntnissen zu einer wettbewerbsfähigeren Wirtschaftsordnung stehen ungleich weitergehende Forderungen nach Einkommensumverteilung und sozialpolitischer Besserstellung sogenannter unterprivilegierter Wirtschaftsakteure gegenüber. Die Wettbewerbsverbesserung der schweizerischen Rahmenordnung soll demnach – wenn überhaupt – nur über sozialpoli-



FDP-Politik will die Wirtschaftsordnung wettbewerbsfähiger machen, um die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. Die SP verlangt dafür weitgehende sozialpolitische Zugeständnisse. Harte Auseinandersetzungen sind programmiert. (Photo Keystone)

tische Zugeständnisse der bürgerlichen Parteien möglich sein.

■ Dieses Wirtschaftskonzept bietet Gewähr, dass eine politische Links-rechts-Auseinandersetzung weiterhin nötig und möglich bleibt. Die Radikalität der sozialdemokratischen Forde-

rungen hat zwar zugunsten eines etwas realistischeren Programms nachgelassen. Dennoch bestehen zahlreiche Vorschläge, die aus freisinniger Sicht schlichtweg nicht tragbar sind. Es gilt, diese Forderungen mit einer breiten und sachlichen Öffentlichkeitsarbeit zu entwerfen! ■

Was wäre wenn?

«Wenn es nach den linken Vorstellungen gegangen wäre, wären wir 1982 auf das jugoslawische Selbstverwaltungsmodell umgestiegen. Dank dem tieferen Rentenalter (1988) und der 40-Stunden-Woche (1988) wären unsere Lohnkosten noch höher. Dank der Armeeschaffungsinitiative (1989) müssten wir jetzt 20 000 EMD-Stellen «konvertieren», d. h., diese Stellen müssten aufgehoben werden. Dank der «Kleeblattinitiative» und der «Initiative Stopp dem Beton» (1990) würden wir keine Nationalstrassen mehr bauen und wären mit dem Abbruch der Walensee-Autobahn beschäftigt. Wegen des beschlossenen Ausstiegs aus der Kernenergie (1990) müssten wir nun 40

Prozent der elektrischen Energie substituieren oder sparen. Zur Erhöhung des exotischen Reizes der Schweiz würden wir weiterhin und solo mit Lastwagen von 2,30 m herumfahren (1990). Mit der generellen Beibehaltung der Stempelsteuer würden wir den Abzug des Kapitals aus der Schweiz nach Kräften fördern (1992). – Man kann nicht behaupten, dass der bisherige Leistungsausweis der SP uns sofort zwingt, die neuen Vorschläge zur Ankurbelung der Wirtschaft ohne kritische Beurteilung zu übernehmen.»

FDP-Parteipräsident Nationalrat Franz Steinegger an der a. o. Delegiertenversammlung vom 23. Januar 1993 in Lenzburg. ■

Garten- und Landschaftsarchitekten,
Erdbauingenieure

100 Jahre
Erfahrung,
Dynamik,
Tradition

1892 – 1992

Spross

Wir planen, bauen, sanieren
und pflegen auch Ihren Garten
für Ihre sympathische Umwelt

Spross Ga-La-Bau AG Zürich
Garten- und Landschaftsbau 01-4 62 62 62

FDP- Wirtschaftspolitik

Die FDP steht für Tradition und seriöse Arbeit. Vor allem, wenn die Zeiten kritischer werden, Rezession und Arbeitslosigkeit Sorge bereiten, erhofft man sich von den Freisinnigen die vernünftigsten Lösungen für eine gesunde Finanz- und Wirtschaftspolitik. – Was tut die FDP gegenwärtig im Kampf gegen die Krise? Urteilen Sie selbst.

1991

Bereits im Januar 1991 hat sich die FDP der Schweiz an einer a. o. Delegiertenversammlung in Basel umfassend mit Wirtschaftspolitik befasst und dabei «Grundsätze der FDP zur Wirtschaftspolitik der neunziger Jahre» formuliert (Politische Rundschau Nr. 3+4/1990).

Bildungssektor, Finanzmarkt, Gesundheitswesen, Telekommunikation, Umweltschutz sowie der Bereich Bauen und Wohnen wurden im Hinblick auf Deregulierungsmassnahmen untersucht.

Kernpunkt der von der Parteiversammlung verabschiedeten fünf Grundsätze ist das Bekenntnis zu einer konsequenten marktwirtschaftlichen Ordnungspolitik.

1992

Ein Jahr später konkretisierte die FDP ihre Analyse und ihre Forderungen in einem Zwölf-Punkte-Programm, aufgeteilt in sechs kurzfristige und sechs mittelfristige Massnahmen. Sie verlangte eine «Fitnesskur für den Wirtschaftsstandort Schweiz» (s. «Politische Rundschau» Nr. 4/1992). Dieses Programm wurde als Resolution an der o. Delegiertenversammlung im April 1992 in Altdorf verabschiedet.

Unter die kurzfristigen Massnahmen fallen etwa: Revision der Verordnung über Miete und Pacht von Wohn- und Geschäftsräumen, die Schaffung von Voraussetzungen bei den Regiebetrieben (Post und Telecom, SBB usw.), damit diese nach unternehmerischen Grundsät-

zen geführt werden können, die gegenseitige Anerkennung der schweizerischen Berufsstudien und Schulabschlüsse.

Mittelfristig will die FDP den Interventionismus abbauen und weitere Strukturverbesserungsmassnahmen treffen. Handels- und Gewerbefreiheit sowie die Eigentumsfreiheit sollen die ihnen zustehende Bedeutung als Freiheitsrechte wieder erhalten. Die Mehrwertsteuer, die Einführung marktwirtschaftlicher Instrumente im Umweltschutz, die Hebung der Qualität der Ausbildung sind weitere Programmpunkte.

Im Juni 1992 lancierte die FDP zusammen mit der CVP, der SVP und der Liberalen Partei (LPS) sowohl im Stände- als auch im Nationalrat vier inhaltlich aufeinander abgestimmte Motionen. Dieses «bürgerliche Reformpaket» trug die wirtschaftspolitisch vordringlichen Aufgaben ins Parlament. Das Ziel war auch hier, nachhaltig und konkret die Rahmenbedingungen für die Schweizer Wirtschaft im Interesse aller Beteiligten rasch zu verbessern.

Die Motionen forderten Reformen in der Steuerpolitik (FDP), im Bereich Aus- und Weiterbildungssysteme (CVP) sowie in der Arbeitsmarktpolitik (SVP) und die Aktivierung des Wettbewerbes zwischen den Wirtschaftssubjekten in der Schweiz (LPS).

1993

In seiner Ansprache an der a. o. Delegiertenversammlung vom Januar 1993 in Lenzburg (s. a.

Fortsetzung auf Seite 9

KOLUMNE

Seitensprünge



Es knistert nicht immer, aber öfters in den Beziehungen zwischen Wirtschaftsverbänden und bürgerlichen Parteien. Das neuste Beispiel ist der Dringliche Bundesbeschluss zur Anpassung der *Arbeitslosenversicherung*. Das Referendum wurde zwar von den Gewerkschaften und den Sozialdemokraten ergriffen; aber die Wirtschaftsverbände (Vorort, Arbeitgeber- und Gewerbeverband) sind auf den Zug aufgesprungen, um im Hinblick auf die anstehende Revision des Arbeitslosenversicherungsgesetzes das Nein-Feld nicht der Linken zu überlassen. Sie gefährden damit die wünschbare Verlängerung der Bezugsdauer von 300 auf 400 Tage und die teilweise Rückführung der Tagelder von 80 auf 70 Prozent zur dringend nötigen Verbesserung der Finanzierung.

Die Abstimmungslage erinnert an den 2. Juni 1991, als die Wirtschaftsverbände einen breit abgestützten Versuch, die *Mehrwertsteuer* einzuführen, zu Fall brachten. Die seitherige Verschlechterung der Bundesfinanzlage hätte einen rechtzeitigen Übergang zu einer modernen Umsatzsteuer mehr als gerechtfertigt – ganz abgesehen vom Weiterleben der *Taxe occulte* in der Rezession. Auch der neulich bekanntgewordene *Austritt* zweier prominenter Wirtschaftsführer aus der FDP zeigt an, dass die lange Zeit bestehende Symbiose Risse zeigt.

Ein wichtiger Grund dafür dürfte darin liegen, dass immer weniger führende Unternehmer sich noch politisch aktiv in den Parlamenten betätigen – angesichts verschärfter Konkurrenz sind Wirtschaft und Politik für die meisten zu einem Entweder-Oder geworden. Zudem ist in den grossen Wirtschaftsverbänden die Tendenz, eigene Wege zu gehen und sich nicht in einem frühen Stadium

bereits mit den bürgerlichen Parteien zu beraten und abzusprechen, gewachsen. Die Gefahr von gegenseitigen Schuldzuweisungen ist grösser geworden.

Doch Nein-Erfolge sind leichter zu erringen als positive Volksentscheide – das dürfte auch die EWR-Abstimmung gezeigt haben, in der der Abstimmungseinsatz der Wirtschaft – und auch der bürgerlichen Parteien (ohne ausschliessende SVP) – viel zu spät und anfangs zu zaghaft erfolgte. Die Demokratie lebt jedoch nicht von der Ausschöpfung des Abstimmungs-Störpotentials, sondern vom *Durchsetzungsvermögen der konstruktiven Kräfte*. Deshalb ist es auch störend, dass die Wirtschaftsverbände im Sumpfe der Taktik das akzeptable Ziel bei der Arbeitslosenvorlage aufgegeben haben.

Zusammenarbeit setzt immer Erkennen und Anerkennen der andersartigen Umstände voraus, in denen ein Partner zu arbeiten hat. Sie verlangt im konkreten Fall von den *politischen Parteien* Rücksichtnahme auf die wesentlich schwierigeren Umstände, in denen grosse Teile der Wirtschaft heute arbeiten müssen, und Schaffung möglichst günstiger Rahmenbedingungen. Sie setzt bei der *Wirtschaft* vor allem Verständnis für die demokratischen Abläufe und für die Minderheitssituation voraus, in der sich alle bürgerlichen Parteien befinden – die zudem im Parlament auch Arbeitnehmer und Bauern u. a. vertreten, von denen sie gewählt werden. Eine reine Unternehmerpartei brächte es kaum auf fünf Wählerprozente. Ein politisches Sonderleben der Wirtschaftsverbände kann höchstens zu Negativerfolgen, zu einer weiteren Blockierung, aber nicht zur *nötigen Deblockierung* der schweizerischen Politik führen. Deshalb sind Seitensprünge wie bei der Arbeitslosenversicherung kurzsichtig.

Alt Nationalrat
Dr. Kurt Müller, Meilen

FDP-Pin – FDP-Pin – FDP-Pin



Ab Ende September stehen die FDP-Pins deutsch, französisch und italienisch zur Verfügung.

Die Auflage ist numeriert und limitiert (total 5000 Stück)

Wir bestellen _____ Stück FDP-Pin in Deutsch à Fr. 5.–
 Wir bestellen _____ Stück FDP-Pin in Französisch à Fr. 5.–
 Wir bestellen _____ Stück FDP-Pin in Italienisch à Fr. 5.–
 und Porto und Verpackung

Wir bestellen _____ Set FDP/PRD/PLR-Pins à Fr. 15.–
 inkl. Porto und Verpackung

Name: _____

Vorname: _____

Adresse: _____

PLZ/Wohnort: _____

Bitte einsenden an FDP der Schweiz, Postfach 6136, 3001 Bern.

Systemwechsel und nicht Finanzbeschaffungsaktion

Ein Argument betonten alle Redner anlässlich der Medienkonferenz des «Aktionskomitees für eine moderne Finanzordnung: «Ja zur Mehrwertsteuer», die am 7. September in Bern stattfand: die Ende November zur Abstimmung gelangende Finanzvorlage ausdrücklich nicht als Finanzbeschaffungsaktion einzustufen. Im Vordergrund steht der Wechsel von der Warenumsatz zur Mehrwertsteuer.

Matthias Stadelmann

Die Co-Präsidentinnen und -Präsidenten beleuchteten dabei in ihren Voten verschiedene Problempunkte der Vorlage. So machte etwa die Luzerner Nationalrätin Judith Stamm (CVP) klar, dass die Mehrwertsteuer auch aus der Sicht der Konsumenten durchaus akzeptabel sei. Zwar liege es in der Natur einer Konsumsteuer, dass diese von den Konsumenten – und daher vor allem von den kleineren und mittleren Einkommen – berappt werde. Die Mehrwertsteuer biete aber genügend Sicherheiten, um dies auszugleichen. So würden die neu besteuerten Dienstleistungen etwa vor allem von höheren Einkommensklassen genutzt. Die unumgänglichen Dienstleistungen wie Kranken-

pflege, Mieten, kulturelle Angebote usw. sind von der Mehrwertsteuer ausgenommen. Zudem werde der Wegfall der «taxe occulte» die Produktionskosten der Waren um rund zwei Prozent senken. Somit sei bei den bisher steuerbefreiten und neu mit einem reduzierten Steuersatz belasteten Waren nicht mit Preisauflägen zu rechnen.

SVP-Nationalrat und -Fraktionspräsident Theo Fischer (AG) legte aus finanzpolitischer Sicht die Notwendigkeit eines Systemwechsels dar. Er verwies aber auch darauf, dass der Bund bereits Vorleistungen erbracht habe, so sei etwa die Stempelsteuer massiv gekürzt worden, und auch bei den Pauschalabzügen bei der direkten Bundessteuer habe man schon im Hinblick auf die neue Finanzordnung gehandelt. Er machte

aber auch klar, dass die Bundesfinanzen nicht allein mit der Mehrwertsteuer ins Lot gebracht werden könnten. Es seien endlich echte Sparanstrengungen des Parlamentes nötig.

Der liberale Genfer Nationalrat Jean-Michel Gros beleuchtete die Wichtigkeit einer wettbewerbsneutralen Steuer für den Werkplatz Schweiz. Ein transparentes, gerechtes und den Wettbewerb nicht verzerrendes Steuersystem sei einer der Eckpunkte, die jeder Unternehmer für einen Standortentscheid abschätze. Und hier habe die Schweiz in den letzten Jahren mit der systembedingten «taxe occulte» schlecht abgeschnitten.

Steuergerechtigkeit

Ins gleiche Horn stiess der Walliser Nationalrat und FDP-Fraktionspräsident Pascal Couchepin. Die Warenumsatzsteuer (Wust) sei nicht mehr anwendbar, weil sie die «taxe occulte» produziere, damit den Wettbewerb verfälsche und eine Steuergerechtigkeit provoziere. Die Mehrwertsteuer weise diese nicht auf, sie werde die Investitionen ankurbeln und damit den Werkplatz Schweiz attraktiver gestalten und dem Arbeitsplatz Schweiz neue Arbeitsplätze zuführen. Es sei zudem wenig sinnvoll, die Steuerlasten nur auf dem Warenumsatz zu erheben, der nur noch rund 35 Prozent des ganzen Konsumationskuchens ausmache. Es sei an der Zeit, auch die restlichen 65 Prozent, die Dienstleistungen nämlich, sinnvoll und gerecht zu besteuern. Und eben dies sei nur mit der Mehrwertsteuer möglich.

Der CVP-Fraktionspräsident Peter Hess (ZG) stellte die Vorteile der Mehrwertsteuer in den Vordergrund: Sie sei einfach in der Handhabung, biete durch den Einbezug der Dienstleistungen mehr Steuergerechtigkeit und verbessere die Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz im Ausland. Er appellierte dringend an die

Stimmbürgerinnen und Stimmbürger, der Mehrwertsteuer diesmal zum Durchbruch zu verhelfen, zumal die Vorlage nun wirklich schlank und ohne störendes Beigemüse ausgefallen sei.

Veraltete Wust

Die Zürcher Nationalrätin Vreni Spoerry setzte schliesslich den Schlusspunkt. Es sei an der Zeit, die veraltete Wust zu ersetzen. Die Mehrwertsteuer sei dazu das richtige Instrument. Die Wust behindere das Prosperieren der Schweizer Wirtschaft in einem Zeitpunkt, in dem Investitionen dringend gefragt wären. Die Mehrwertsteuer-Vorlage sei keine Finanzbeschaffungsaktion, im Vordergrund stehe der längst fällige Systemwechsel. Ein Nein zur Vorlage hätte katastrophale Folgen, da die Wust nicht mehr ausgebaut werden könne. Sparen allein führe auch nicht zum Ziel, es müsste so viel Geld eingespart werden, dass es alle Schmerzen würde. «Wenn die Mehrwertsteuer diesmal nicht angenommen wird, sehe ich für unsere wirtschaftliche Zukunft schwarz», meinte sie zum Abschluss der Veranstaltung. ■

Fortsetzung von Seite 7

Ausschnitt aus dieser Rede auf Seite 6) erläuterte Parteipräsident Nationalrat Franz Steinegger das freisinnige Konzept für die Wirtschaftspolitik (s. u. a. Januarnummer des «Freisinn»).

An einer zweitägigen Tagung befasste sich auch die FDP-Fraktion Ende Januar 1993 mit der Revitalisierung der Schweizer Wirtschaft. Eine ganze Reihe parlamentarischer Vorstösse waren die Folge.

Im Juni 1993 unterbreitete die FDP dem Bundesrat Vorschläge zu einer umfassenden Revision des Schweizer Steuersystems. Der 15 Seiten umfassende Brief listet die spezifischen Mängel unseres Steuersystems auf. Die FDP kommt zum Schluss, dass das Bild der Steueroase Schweiz klar überholt ist. **AMK**

FDP-Parolen

Für die eidgenössische Abstimmung vom 26. September 1993 fassen die Delegierten der Freisinnig-Demokratischen Partei der Schweiz (FDP) folgende Parolen:

Delegiertenrat vom 20. August

Bundesbeschluss gegen den Waffenmissbrauch JA
(34:0)

Kantonswechsel Laufental JA
(26:5)

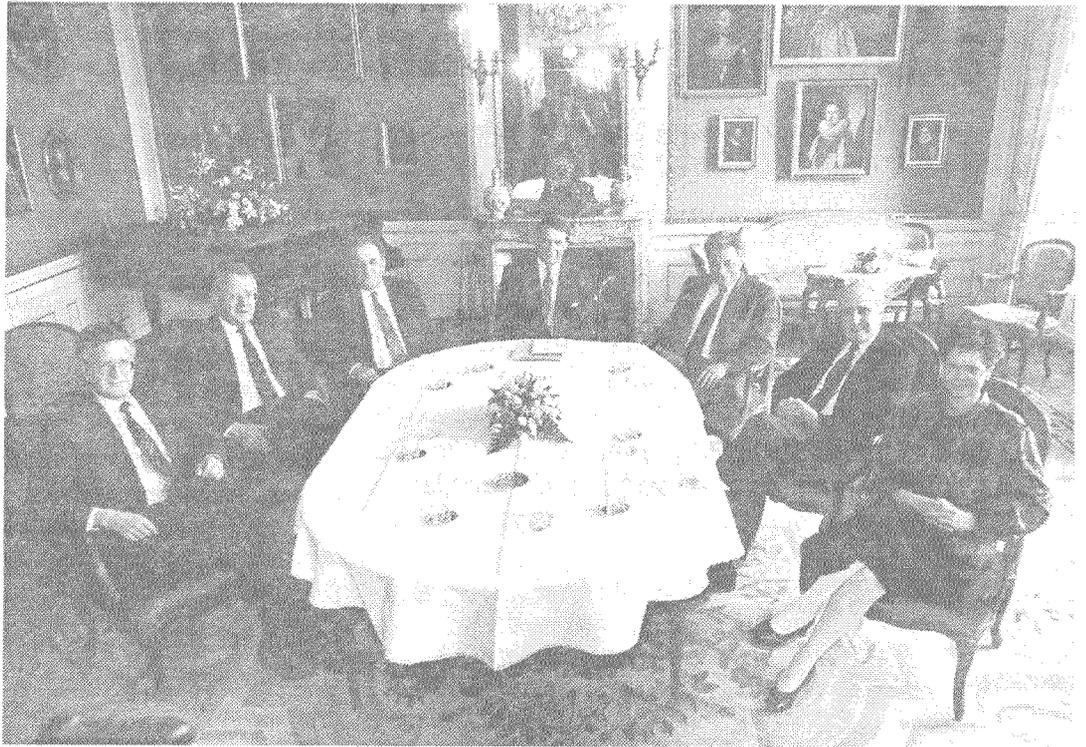
1.-August-Initiative JA
(22:6)

a. o. Delegiertenversammlung vom 21. August

Krankenversicherung JA
(167:3)

Arbeitslosenversicherung JA
(168:8)

Die Verwirklichung der Regierungsreform wirft Fragen mit einem ausgeprägten Realitätsbezug auf. Das zeigt schon ihr Anlass, denn wenn die Parlamentarier mit ihren Vorstössen die Diskussion ausgelöst haben, wenn der Bundesrat – ohne viel sichtbare Begeisterung – den Gedanken aufgenommen hat und wenn die Experten unter Leitung von Prof. Eichenberger gründlich an die Arbeit gegangen sind, so war das nicht der Theorie wegen, sondern um auf eine reale Herausforderung unserer Zeit eine Antwort zu finden.



Bundesräte brauchen Zeit zum Handeln und besonders zum Denken.

(Photo Stahl)

Von der Idee zur Realität: Gedanken zur Umsetzung der Regierungsreform

Ständerat Prof. Dr. Riccardo Jagmetti (ZH)*

Was ein Weiterschreiten auf dem bisherigen Weg nicht mehr erlaubt, sind die Aufgaben, und zwar jene des Kollegiums wie jedes einzelnen Mitgliedes der Regierung bei der Führung seines Departements nach innen (im Verhältnis zur Verwaltung) und nach aussen auf nationaler Ebene in den Beziehungen zu Parlament und Bürgern und auf der internationalen Stufe in der Führung von Verhandlungen und in der immer wichtigeren Pflege von Kontakten. Diese Aufgaben sind in einem Masse zahlreich und vielfältig, dass sie bei der heutigen Organisationsstruktur nur noch bewältigt, aber kaum mehr voll erfüllt werden können.

* Gekürztes Referat, das Ständerat Jagmetti an einer FDP-Arbeitstagung gehalten hat. Hervorhebungen und Zwischentitel stammen von der Redaktion. Den vollständigen Text sowie alle anderen Arbeitsgrundlagen der Tagung finden Sie in der «Politischen Rundschau» Nr. 3/1993 (s. a. Hinweis auf S. 11).

Hinzu kommt die ausserordentlich starke Vernetzung. Aussenpolitik muss heute jedes Departement auf seinen Sachgebieten betreiben; der Umweltschutz ist im Eidg. Departement des Innern angesiedelt, bestimmt aber die Entscheidungen des Eidg. Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartements in starker Weise, findet in den Arbeiten des Eidg. Justiz- und Polizeidepartements seinen Ausdruck und beschäftigt auch die andern «Ministerien». Soll in diesem Netz geführt und zielgerichtet entschieden werden, muss das Gespräch im Kollegium gewährleistet und der Überblick über alle Regierungsgeschäfte möglich sein.

Art und Umfang der Aufgaben zwingen zur Reform.

Zeit

Damit die Regierungstätigkeit nicht durch Sachzwänge geprägt wird, muss ausreichend Zeit für die Wahrnehmung der Aufgaben

zur Verfügung stehen. Das ist unerlässlich für eine vorausschauende Führung – gouverner c'est prévoir –, was in unserer Epoche des ausserordentlich raschen Wandels eine neue Dimension erhalten hat. Das Kollegium wie das einzelne Regierungsmitglied brauchen nicht nur Zeit zum Handeln, sondern ganz besonders zum Denken.

Wie soll man in der ständigen Hetze eine sorgfältige Analyse vornehmen – selbstverständlich gestützt auf die bereitgestellten Unterlagen –, letztlich aber doch in eigener Verantwortung, und wie soll man Vorstellungen zur Lösung der Probleme entwickeln können, wenn die Termine unbittlich zu raschen Entscheiden zwingen?

Zeit gewinnt der Bundesrat nur, wenn er sich auf die Regierungsgeschäfte konzentrieren und die Marschrichtung bestimmen kann, ohne sich mit beliebigen Einzelheiten und vor allem Einzelanliegen auseinandersetzen

zu müssen. Zur Realität gehören ebenso die gesellschaftlichen Entwicklungen und die politische Kultur unseres Landes.

Gerade die Anerkennung unserer politischen Kultur verlangt, dass wir sie in den Bezug zur gesellschaftlichen Entwicklung und zu den Gegebenheiten stellen, sonst erstarrt sie und verliert ihren Wert, weil sie zum Relikt wird, mit dem sich die Aufgaben der Gemeinschaft nicht mehr lösen lassen. Solche Parameter sind bei der Umsetzung der Idee einer Regierungsreform in die Wirklichkeit zu beachten. Drei unter ihnen seien hier dargestellt, weil sie als zentrale Orientierungspunkte zu betrachten sind.

Zurück von der Verwaltung zur Regierung: die Zuständigkeitsordnung

Die Diskussion um die Regierungsreform hat sich bisher vor allem auf die Organisations-

modelle konzentriert. Unerlässlich ist, dass zugleich die Zuständigkeiten überprüft werden.

Die heutigen Traktandenlisten des Bundesrates sind überladen mit einer Vielzahl von Detailentscheidungen. Der Aussenstehende erfährt das etwa, wenn er die «Verwaltungspraxis der Bundesbehörden» durchblättert und feststellt, dass von den 13 im Heft 1/1993 veröffentlichten Entscheidungen 8 vom Bundesrat selbst getroffen worden sind. Sie betreffen zum Beispiel die Angemessenheit der Frist für die Leistung des Kostenvorschusses durch den Ausländer, der gegen die ihm auferlegte Einreisesperre Beschwerde erhoben hatte, die Vortrittsregelung für die Linksabbieger an einer bestimmten Stelle einer Strasse bei Lausanne und die Führung des Zweiradverkehrs zwischen Post Ingenbohl und Brunnen Nord.

Da gibt es zwei Möglichkeiten: entweder realisierte der Bundesrat nicht, dass er diese Entscheidung traf, und das ist unerwünscht, weil eine Behörde wissen sollte, was sie tut; oder er wusste es, und das wäre noch schlimmer, denn dann hätte er sich mit solchen Fragen tatsächlich im Plenum befasst.

Regierungsreform

Wollen Sie den vollständigen Text von FDP-Ständerat Jagmetti lesen, sich vertieft mit der laufenden Regierungsreform befassen?

In einer FDP-Broschüre finden Sie auf siebzig Seiten hochaktuelle und hochinteressante Texte zu diesem Thema von Bundesrat Villiger, Bundeskanzler Gouchepin, alt Bundesrat Friedrich, Botschafter von Tschanner, Ständerat Rhinow, Chefredaktor Ribordy, Regierungsrat Honnegger, Fürsprecher Burkhard und den Professoren Eichenberger, Rühli, Müller, Klöti und Papadopoulos.

Sie können die Politische Rundschau Nr. 3/93 beim FDP-Generalsekretariat, Postfach 6136, 3001 Bern, zum Selbstkostenpreis von Fr. 5.– bestellen.



FDP-Ständerat Jagmetti: «Die Aufgaben des Bundesrates sind in einem Masse zahlreich und vielfältig, dass sie bei der heutigen Organisationsstruktur nur noch bewältigt, aber kaum mehr voll erfüllt werden können.» (Photo ruti)

Das Problem geht aber über die – völlig überholte – Funktion des Bundesrates als Rechtsmittelinstanz hinaus. Auch die vertiefte Auseinandersetzung mit Gesetzesvorschlägen und namentlich mit den begleitenden Botschaften anderer Departemente ist objektiv nicht möglich. Wenn später ein fleissiger Dissertant (oder auch eine Behörde) ermittelt, was die Auffassung «des Bundesrates» gewesen sei, dann geht das völlig an der Realität vorbei, denn er nimmt die Haltung der vorbereitenden Experten oder der Verwaltung zur Kenntnis, die auch der zuständige Departementsvorsteher kaum in allen Teilen mitverarbeitet hat.

Die Entlastung des Bundesrates als Kollegium und seiner Mitglieder als Departementsvorsteher sollte nicht in erster Linie dadurch erfolgen, dass die Mitwirkung an der Gesetzgebung eingeschränkt wird, denn darin liegt ja ein wesentliches Mittel der politischen Richtungsgebung, mit der sich Kollegium und Departementsvorsteher in erster Linie befassen sollten. Im Sinne eines Vorschlages seien sie hier etwas detailliert zur Diskussion gestellt.

■ Aussenpolitik: Das Kollegium hätte bei wichtigen Geschäften, deren Abgrenzung noch näher geprüft werden müsste, das Verhandlungsmandat festzulegen und das Ergebnis zu genehmi-

gen. Weniger wichtige Geschäfte sollte der Departementsvorsteher in eigener (delegierter) Kompetenz abschliessend behandeln können.

■ Gesetzes- und Kreditvorlagen: Die Botschaften hätten sich auf einen Kurztext (eine oder zwei Seiten) zu beschränken, über die der Bundesrat Beschluss fassen würde. Der Text des Erlasses selbst läge in der Zuständigkeit des Departementsvorstehers, der ohne Rücksprache mit dem Gremium Stellung zu Anträgen in Kommissionen und in den Räten nehmen könnte, soweit die Grundhaltung gemäss Botschaft nicht tangiert wäre. Die Erläuterung wäre Sache der Verwaltung (mit einem Bericht), ohne dass die politischen Behörden dafür verantwortlich wären.

■ Voranschlag und Rechnung: Das Budget würde stark gestrafft – zu denken wären Globalkredite für die Bundesämter. Damit würden Bundesrat und Bundesversammlung von Detaildiskussionen entlastet. Eine echte Einschränkung der Parlamentskompetenzen läge darin nicht, weil heute die rechtlichen und sachlichen Zwänge eine freie Gestaltung kaum zulassen, das System der Globalkredite aber die betreffenden Stellen zwingen würde, für die Verwirklichung der Vorgaben zu sorgen.

■ Wahlen: Wahlen sollten vom Bundesratskollegium höchstens bis zur Stufe Bundesamt vorge-

nommen werden. Die verstärkte Bindung der Inhaber von (auch hohen) Stabsfunktionen an den Departementsvorsteher geht ohnehin in diese Richtung.

■ Verfügungen: Solche sollten vom Bundesrat nicht mehr getroffen werden, ausser in politisch brisanten Fragen (etwa Bewilligungen im Nuklearbereich).

■ Rechtspflege: Diese wäre ganz Rekurskommissionen zu übertragen, soweit nicht die Rechtsmittelwege ohnehin verkürzt würden.

Vom Betroffenen zurück zum Bürger: Demokratische Entscheidung wahren, Rechtsschutz straffen

Die Regierungsreform ist kein in sich geschlossener organisatorischer Vorgang, sondern eine politische Entscheidung von langfristiger Tragweite, die auf dem Hintergrund der gesellschaftlichen Entwicklung getroffen wird. Aus dieser kann sich aber auch die Ausgestaltung der Regierungsreform in einer Richtung ergeben, die nach übergeordneten Gesichtspunkten nicht erwünscht ist.

Eine solche Gefahr besteht im heutigen Umfeld, wo sich der Einzelne vielfach mehr als Betroffener denn als verantwortlicher Bürger fühlt, der dem Schutz (auch dem Rechtsschutz) damit mehr Gewicht gibt als der Gestaltung durch ihn selbst mit den demokratischen Mitteln. Man wehrt sich; der Rechtsschutz – auch in der Form der durchaus sinnvollen Verbandsbeschwerde – wird mit Demokratie gleichgesetzt; die Abwehr unerwünschter Entwicklungen steht im Vordergrund. Das könnte zu organisatorischen Massnahmen verleiten, die diesem Trend möglichst stark entgegenkommen. Das freilich widerspräche dem Bild des selbstverantwortlichen Menschen, das die FDP-Politik prägt.

So gilt es, bei allen organisatorischen Reformen – zunächst nun für die Regie-

Fortsetzung auf Seite 12

Fortsetzung von Seite 11

rungsstufe – die Gestaltung ins Zentrum zu rücken und nicht die Abwehr.

... Die Stellung von Parlament und Bürgern kann hier nur angedeutet werden. Ebenso lassen sich die fälligen Reformen der Rechtspflege in diesem Zusammenhang nur insoweit andeuten, als sie Bezüge zur Regierungsreform haben. Diese aber setzt den Blick über das eine Staatsorgan hinaus voraus, wenn sie zu konstruktiven Ergebnissen führen und in mehr als in Retuschen bestehen soll.

Bei den Entscheiden über Gesetze, über Staatsverträge und die Ausrichtung der Aussenpolitik (auch in Sachfragen) sowie über Finanzen sollte Gesprächspartner des Parlamentes die Regierung sein. Werden Vorlagen durch Chefbeamte vertreten, fliessen wohl qualifizierte Informationen in die Parlamentsdebatte ein. Aber Gesetzgebung ist nicht eine reine Fachaufgabe, sondern Ausdruck politischer Entscheide, und das Antragsrecht bei der Rechtssetzung mit dem entscheidenden Einfluss auf den Inhalt der Gesetze durch deren Vorbereitung ist ein hervorragendes politisches Mittel der Regierung.

Das gilt auch für Finanzentscheide. Überlässt der Bundesrat das Gespräch darüber mit dem Parlament der Verwaltung, so verzichtet er entweder auf die politischen Gestaltungsmöglichkeiten oder aber er spricht diese Aufgabe der Bundesversammlung ab, die in seinen Augen bloss noch zustimmen oder ablehnen kann, was schon endgültig gestaltet ist.

Gewaltenteilung ist heute weniger denn je Abschottung, sondern in weitgehendem Masse Kooperation mit dem Impuls durch die Regierung, der Ausgestaltung durch das Parlament und dem Schlussentscheid über das Ganze durch die Bürger (ausdrücklich oder stillschweigend durch Verzicht auf Ergreifung des Referendums).

Die Regierungsreform kann also nicht in erster Linie darin

bestehen, dass die Mitglieder des Bundesrates die Vertretung der Vorlagen in Kommissionen und Plenum ihren Mitarbeitern überlassen, um sich – in ihrer Sicht – wichtigeren Fragen zuzuwenden.

... Anders verhält es sich beim Rechtsschutz. Dieser gehört, wie an Beispielen gezeigt worden ist, nicht zur Regierungstätigkeit. Im Zuge der Regierungsreform wären entweder Rekurskommissionen mit der abschliessenden Beurteilung der Beschwerden zu betrauen, über die heute der Bundesrat entscheidet, oder die Rechtswege zu straffen. Wo der Bundesrat heute über die Beachtung verfassungsmässiger Rechte zu wachen hat, könnte das Bundesgericht diese Aufgabe übernehmen. Dieses aber ist seinerseits überlastet. Zudem lähmt die Vielzahl der möglichen Rechtsmittel die Entscheide und nimmt jenen der unteren Stufe zudem das Gewicht. Also muss die Regierungsreform begleitet sein von einer grundlegenden Reform des Rechtsschutzes.

Breite Abstützung der Entscheide: Effizienz bei geteilter Verantwortung

Die Beispiele anderer Staaten – vor allem solcher mit Präsidialsystem oder auch mit dem parlamentarischen System, das der Regierung eine gesicherte Basis gibt – mögen verlockend wirken. Sie haben demokratisch strukturierten Grossstaaten erlaubt, zeitgerecht weittragende Entscheide zu fällen ... oder auch rasch neue Wege zu beschreiten und nicht zuletzt in hohem Rhythmus auf die Einheit Europas hinzusteuern. Unserer politischen Kultur aber entsprechen diese – durchaus wertvollen und demokratischen – Modelle nicht.

... Eines der wesentlichen Kennzeichen unserer Staatsorganisation ist die gegliederte Verantwortung. Gewaltenteilung erfasst dies nicht voll, weil schon der Föderalismus die Erfüllung der Gemeinschaftsaufgaben auf mehrere Stufen unserer Staatsorganisation aufteilt. Allerdings erfüllt die Trennung der Gewalten diese Funktion auch. Wenn

sie ursprünglich die Antwort auf den monarchischen Absolutismus war, so kommt ihr heute auch die Aufgabe der Sicherung der Verantwortung zu, die bei der Rechtssetzung von der Legislative wahrgenommen werden muss und nicht unter dem Titel Rechtsgestaltung dem Bundesgericht überlassen werden kann, die von der Gemeindeversammlung durch Festsetzung des Zonenplanes ausgeübt wird und nicht vom Gemeinderat durch eine beliebige Ausnahmepraxis in Frage gestellt werden soll.

Diese Zuweisung der Verantwortung sollte durch die Regierungsform nicht unterlaufen werden.

Das heisst nicht, dass bei der Gesetzgebung und bei Finanzentscheiden Regierung, Parlament und Volk völlig getrennt voneinander handeln sollen. Jede dieser «Gewalten» hat ihre selbständige Aufgabe in einem Prozess, der alle diese Staatsorgane einschliesst.

... Bei der Gesetzgebung entwirft und beantragt die Regierung, gestaltet das Parlament den Inhalt endgültig und entscheidet über das Ergebnis der Beratungen letztlich der Bürger. Bei internationalen Verträgen kann die Bundesversammlung nicht mehr gestalten, es wäre denn durch Festlegung gewisser Vorbehalte bei der Ratifikation, soweit solche statthaft sind. Dass jeder seinen Teil der Verantwortung trägt, kommt auch darin zum Ausdruck, dass weder Neuwahlen stattfinden noch die Regierung zurücktritt, wenn die vom Bundesrat beantragte und von der Bundesversammlung beschlossene Ordnung in der Volksabstimmung abgelehnt wird.

Die «Gewalten» sind in unserem Land sogar intern geteilt. Das Kollegialsystem bei der Regierung ist auf allen Stufen unseres Staatswesens – ohne Bundesvorschrift – verwirklicht worden, weil die Schweizer die Verantwortung (oder: die Macht) nicht gern in die Hände eines Einzelnen legen. Das Zweikammersystem beim Parlament ist gewiss keine helvetische Besonderheit, die volle Gleichstellung beider Kam-

mern aber sehr wohl. Sogar in der Volksabstimmung nehmen wir bei Verfassungsvorlagen eine Gliederung der Verantwortung vor mit dem erforderlichen doppelten Mehr von Volk und Ständen.

Diese Teilung der Verantwortung halten Betrachter von aussen für wenig sinnvoll, und wir ernten mit unseren Entscheidungsstrukturen denn auch im internationalen Gespräch manchmal Kopfschütteln, selten Anerkennung. Aber die Auffassung steckt tief in der «politischen Seele» der Schweizerin und des Schweizer.

... Zurück zur Regierungsreform! Die Gliederung der Verantwortung spricht für die Beibehaltung des Kollegialsystems und für eine Regierung, die nicht von einer Einzelperson länger geleitet wird. Wird das Kollegium zu gross, so dass der Wechsel in der Leitung nicht mehr möglich ist, folgt die Organisation nicht mehr dem Grundgedanken, der hier als Teil unserer politischen Kultur dargestellt worden ist. Das gilt vollends für das Präsidialsystem, aber auch für das parlamentarische System, wo die Bundesversammlung den Auftrag erteilen, die unmittelbar gestaltende Aufgabe aber abgeben würde.

Durchaus zu vereinbaren mit der Grundidee der geteilten Verantwortung wäre eine zweistufige Regierung mit einem Kollegium von Bundesräten als Kern und einem erweiterten Kreis mit zusätzlichen, und zwar politisch verantwortlichen Regierungsgliedern (Ministern).

Was wir brauchen, ist eine leistungsfähige Regierung, die nicht nur ausführt, sondern gestaltet, die nicht befiehlt, sondern Impulse gibt und führt, sich aber mit den andern Staatsorganen – speziell mit Parlament und Volk – in die Aufgaben teilt, damit die Verantwortung in unserem Land nicht einer kleinen Elite allein zugeschoben, sondern breit getragen wird.

Ein Jahr alt

Mit jeder Gründung und jedem Aufbau eines Vereins wird mit einer schrittweisen Erprobung und Erarbeitung versucht, eine solide Grundlage zu schaffen. Auch wir mussten uns im ersten Jahr manchmal langsam vortasten – aber mit dem Vorteil, nicht von veralteten und verkrusteten Formen eingeschränkt zu werden.

**Nationalrat
Georg Stucky (ZG)***

Es war und ist unser Ziel, dass die im Ausland lebenden Schweizer die Möglichkeit haben, sich zu einer freisinnigen und liberalen Partei zusammenzuschliessen und sich besser über schweizerische politische und wirtschaftliche Angelegenheiten zu informieren. Somit verbrachten wir einen grossen Teil unserer Arbeit mit der Frage, wie wir die FDP-Schweiz-International-(FDPI-) Mitglieder am besten informieren können. Daneben bemühten

wir uns um die Gründung von Sektionen in den Gastländern der Auslandschweizer.

Information

Es stellte sich immer wieder die Frage, wie die Auslandschweizer von der FDP Schweiz International am besten über unsere politischen und wirtschaftlichen Geschehen orientiert werden könnten. Man war bemüht, ein Medium zu finden, damit sich die Auslandschweizer informieren können, z. B. durch das SRI (Schweizer Radio International). Einer intensiveren kommerziellen Werbung der FDPI steht die Kostenseite entgegen.

Die Realisierung einer Anleitung über die Wahrnehmung der politischen Rechte (Vademecum) und eines Faltprospektes in deutsch/englischer und italienisch/französischer Sprache zur Mitteilung des Leitbildes der FDP Schweiz International war eine unserer ersten Aufgaben. Ferner wurde zur EWR-Abstimmung eine Informationsbroschüre (Argumentation mit FDP-Artikeln) versandt.

Der Vorstand kam überein, wo immer möglich, Werbematerial in den Botschaften aufzulegen.

Neben Inseraten in der «Schweizer Revue», die an die Auslandschweizervereine gelangten, wurden auch Handelskammern und multinational tätige (Schweizer) Unternehmen angeschrieben.

Als weitere Werbemassnahme wurde beschlossen:

- eine Ausgabe der «Politischen Rundschau» für Auslandschweizer,

- Referentenangebote für Auslandschweizervereine,

- ein Rundschreiben an Fraktionsmitglieder zu richten, mit dem Ziel, die Auslandschweizer von Fraktionsmitgliedern für etwaige Vorträge in Auslandschweizervereinen zu nützen,

- vermehrte Mitgliederwerbung.

Die Mitglieder der FDP Schweiz International wurden aufgefordert, sich vermehrt über ihre politischen Ansichten (aus der Warte des Auslandschweizers) in der Parteizeitung «Freisinn» beziehungsweise «Politique» zu äussern.

Die FDP Schweiz International war schon mit einem Informationsstand am Auslandschweizerkongress 1992 vertreten.

Resultat

Das erste Land, in dem eine Auslandssektion der FDP Schweiz International gegründet wurde, ist Südafrika (Präsident: Oskar Brandenburg). Weitere Sektionsengründungen sind geplant.

Es wurde der Beschluss gefasst, dass den Auslandssektionen Freiraum bei der Organisation

und Bezeichnung ihres geplanten Wirkungskreises eingeräumt wird, damit ihren örtlichen Gegebenheiten Rechnung getragen werden kann.

Vorstand

Zu Beginn hat eine Arbeitsgruppe über die Statuten und die Gründungsakten beraten. Der aus der Arbeitsgruppe entstandene Ad-hoc-Vorstand war am Anfang etwas EDA-lastig, weshalb er es sich zum Ziel setzte, den Vorstand mit Vertretern aus der Wirtschaft und Journalisten mit Auslandsereifungen zu vergrössern; was ihm auch im Verlaufe dieses Jahres gelungen ist. Der Vorstand ist allerdings von der Mitgliederversammlung – unser oberstes Organ – bis jetzt noch immer nicht bestätigt worden. Dementsprechend ist er immer noch ein aus dem Augenblick heraus entstandener Vorstand.

Die Vorstandsmitglieder Botschafter Schaller und Botschaftsrat Woker wurden ins Ausland (Madrid beziehungsweise Paris) versetzt. Woker hat sich bereit erklärt – nach erfolgter Versetzung –, die Sektionsgründung in Paris zu prüfen und an die Hand zu nehmen. Die Herren Schaller und Woker haben darum ihren Rücktritt aus dem Vorstand bekanntgegeben. In die Delegiertenversammlung der FDP Schweiz darf die FDP Schweiz International zwei Vertreter stellen. Der Vorstand hat diese Benennungen vorzunehmen. Die Zusammenarbeit mit dem FDP-Generalsekretariat, dem Auslandschweizer - Sekretariat und mit dem Auslandschweizerdienst des EDA waren von immenssem Nutzen.

Ausblick

Für das kommende Jahr stehen nun folgende prioritäre Aufgaben bevor:

- Werbung von Mitgliedern,
- Gründungen von Sektionen im Ausland,
- Vermehrte Information an unsere Mitglieder.

Vorstand FDP Schweiz International

Präsident

Dr. Georg Stucky: mehrjährige Auslandsaufenthalte (Ausbildung, Beruf), Nationalrat seit 1979 (u. a. Mitglied der IPU), Gründungsmitglied der FDP Schweiz International.

Vizepräsidenten

Christian Kauter (Ex-officio-Mitglied): mehrjähriger Auslandsaufenthalt (Beruf), Generalsekretär der FDP Schweiz, Gründungsmitglied FDP Schweiz International.

Dr. Urs Leutert: mehrjährige Auslandsaufenthalte (Beruf), Vizedirektor bei der Direktion für internationale Organisationen EDA.

Vorstandsmitglieder

Dr. Francois Chappuis: mehrjährige Auslandsaufenthalte (Ausbildung und Beruf), Minister bei der Ständigen Beobachtermission der Schweiz bei den Vereinten Nationen, Gründungsmitglied FDP Schweiz International.

Dr. Walter Fetscherin: mehrjährige Auslandsaufenthalte (Ausbildung und Beruf), schweizerischer Botschafter in Seoul, Südkorea, Gründungsmitglied FDP Schweiz International.

Ulrich Kündig: Mitglied diverser Organisationen Schweiz - Ausland, Direktor Radio Schweiz International (RSI).

Dr. Heinz Langenbacher: mehrjährige Auslandsaufenthalte (Beruf), alt Botschafter, Gründungsmitglied der FDP Schweiz International.

Dr. Willy Lutz: mehrjährige Auslandsaufenthalte (Ausbildung und Beruf), Präsident der Dachorganisation der Schweizervereine in Frankreich; Präsident des Schweizervereins von Savoyen.

Sekretariat

Eleonora Schneuwly-Aschwanden: Betreuung Sekretariat FDP Schweiz International seit Dezember 1991. ■

* Präsident der FDP Schweiz International

FDP-POSITIONEN

Zauberformel

An ihrer diesjährigen Sommer- tagung in Ermatingen TG führte die freisinnig-demokratische Fraktion der Bundesversammlung eine vertiefte Diskussion zu folgenden Themen:

- Regierungsreform und in die- sem Zusammenhang auch Re- gierungsbeteiligung (Zauberfor- mel, Konkordanz-, Konkurrenz- system),
- politische Schwerpunkte der FDP-Fraktion und -Partei für die zweite Legislaturhälfte sowie
- Fragen der Organisation und Arbeitsweise der FDP-Fraktion.

Impressum

Freisinn FDP

Monatszeitung, herausgegeben von der Freisinnig-Demokratischen Par- tei der Schweiz (FDP), Bahnhof- platz 10, 3001 Bern.

Redaktion «Der Freisinn», Postfach 6136, 3001 Bern, Telefon (031) 22 34 38, Telefax (031) 21 19 51. Ab 25. September 1993 Telefon (031) 311 34 38, Telefax (031) 311 19 51.

Verantwortlich für die Redaktion: Generalsekretariat FDP der Schweiz, Anna-Marie Kappeler (AMK). Für die Kantonalseiten die jeweilige Kanto- nalpartei.

Inseraten-Verwaltung: Kretz Annoncen AG, Grütstrasse 63, Postfach, 8704 Herrliberg, Telefon (01) 915 38 03, Fax (01) 915 34 10.

Druck: Neue Zürcher Zeitung, Postfach, 8021 Zürich.

Einzelnummer Fr. 2.-
Jahresabonnement Fr. 20.-

Grundsätzlich ist die FDP- Fraktion der Auffassung, dass die heutige Bundesratszusammen- setzung eine breit abgestützte Basis für das Regierungshandeln gewährleistet und dass das im Interesse unseres Landes liegt. Das schweizerische Regierung- system hat dem Land trotz sprachlichen, geographischen, politischen und anderen Diffe- renzen eine Stabilität verschafft, um die uns andere Staaten benei- den. Die Zauberformel setzt Loyalität bei allen Partnern vor- aus, wie sie früher selbstver- ständlich war.

Die FDP-Fraktion sieht die Zauberformel als einen Aus- druck dieser unserer Konkordanzpolitik; sie kann sich dazu auch Alternativen vorstellen und ist daher auch offen für Verände- rungen. In diesem Sinne wird sie die Diskussion weiterführen.

Zukunftsweisender Schritt

Die FDP begrüsst das Bundes- gesetz über Statut und Aufgaben des Schweizerischen Instituts für geistiges Eigentum (SIGE-Statut). In ihrer Vernehmlassungs- antwort betont die FDP die be- sondere Bedeutung, welche der Patentinformation zukommt. Die FDP unterstützt namentlich die angestrebte Modernisierung der Verwaltung im Sinne möglicher Effizienzsteigerung. Die Partei sieht darin zukunftsweisende Schritte in Richtung Privatisie- rung und Handlungsfreiheit der

DEM NEUEN AUF DER SPUR.

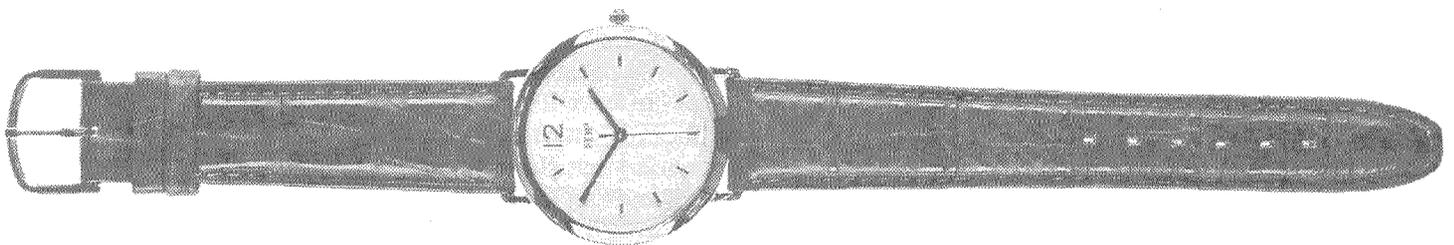
SULZER®
Technologie schafft Werte

K.138

Verwaltung. Die FDP weist aber auch auf die Problematik der Trennung der Kompetenzen hin: Hoheitliche Kontrollfunktionen und Patentinformationen dienen nicht denselben Interessen.

Im Bereich der Finanzierung ist nach Meinung der FDP ein Kostendeckungsprinzip in allen

Tätigkeitsbereichen vorzusehen. Die Inanspruchnahme des Insti- tuts und dessen Dienstleistungen müssen aufwandbezogen ent- schädigt werden. Hingegen dür- fen die Einnahmen nicht zur Deckung weiterer Kosten der all- gemeinen Verwaltung herangezo- gen werden. ■



Es ist FDP-Zeit

Bestellen und tragen Sie die FDP-Uhr! Das Gehäuse ist vergoldet, der Boden aus Stahl mit Schweizer Quarz- werk, ohne Datum, Lederband Crocoart braun, Ziffer- blatt Grundfarbe weiss, Zeiger und Relief vergoldet mit Logo «FDP». Die Uhr wird geliefert in einer schwarzen Pochette mit einjähriger Garantie Fashion Time.

Talon

Ich bestelle zum Preis von Fr. 98.- (plus Porto und Verpackung):
_____ Ex. FDP-Uhr.

Name: _____ Vorname: _____

Strasse/Nr.: _____ PLZ/Ort: _____

Datum: _____ Unterschrift: _____

Bitte einschicken an: FDP-Generalsekretariat, Postfach 6136, 3001 Bern

Zehnte AHV-Revision – Wo stehen wir?

Am 5. März 1990 hat der Bundesrat seine Botschaft zur zehnten AHV-Revision verabschiedet. Diese Vorlage stiess im Parlament nicht auf ungeteilte Zustimmung.

◆ **Christine Egerszegi-Obrist***

In der Folge wurden sozialpolitisch dringliche Massnahmen der bundesrätlichen Vorlage (die Verbesserung der Rentenformel, die Entschädigung für Hilflosigkeit mittleren Grades und Besserstellung geschiedener Frauen) mit einem befristeten Bundesbeschluss auf den 1. Januar 1993 beziehungsweise 1. Januar 1994 in Kraft gesetzt. Zwei wichtige Problemkreise müssen noch bereinigt werden:

- die Einführung eines Splitting-Modells mit Betreuungs- und Erziehungsgutschriften und
- die Neufestsetzung des Rentenalters und seine eventuelle Flexibilisierung.

Teilung der Vorlage

Die Anfänge dieser Botschaft reichen ins Jahr 1979 zurück, und ihre Vorbereitung dauerte elf Jahre. Grund für diese lange Vorbereitungszeit war vor allem, dass viele unterschiedliche Erwartungen an diese Revision gestellt wurden. Sie sollte

- die Gleichstellung von Mann und Frau bringen,
- an die gewandelten gesellschaftlichen Entwicklungen angepasst werden (vermehrte Frauenerwerbstätigkeit, Scheidungsrate),
- dabei möglichst kostenneutral sein.

Im Laufe der achtziger Jahre kam noch die Forderung nach einer zivilstandsunabhängigen Rente und einer Honorierung der Leistungen für die Erziehung von Kindern und die Betreuung naher Angehöriger dazu.

Der Ständerat verabschiedete die Vorlage des Bundesrates im

März 1991 mit wenigen Änderungen. Für breite Kreise war sie aber unbefriedigend. Die vorberatende Kommission des Nationalrates setzte dann eine Arbeitsgruppe ein, welche tatsächlich ein Splitting-Modell mit Betreuungs- und Erziehungsgutschriften weiter konkretisieren sollte. Deshalb teilte man Anfang 1992 die Vorlage zur zehnten AHV-Revision in zwei Pakete.

Erstes Paket

Das erste Paket (der befristete Bundesbeschluss vom 19. Juni 1993) enthält folgende sozialpolitisch dringende und unbestrittene Anliegen:

- Verbesserung der Situation von Personen mit bescheidenen Einkommen durch eine neue Rentenformel.

Die alte Rentenformel stieg linear an von der Minimalrente (940 Franken/Monat bei einem jährlichen Einkommen von

11 280 Franken oder weniger) bis zu einer Maximalrente (1880 Franken/Monat bei einem Einkommen von 67 680 Franken oder mehr). Die neue Rentenformel ist geknickt. Das heisst, die Renten der unteren Einkommen steigen stärker an bis zu einem Einkommen von 33 840 Franken.

- Verbesserung der Situation von Personen, die erst nach Einsetzen des Rentenalters im mittleren Grad hilflos werden.

Im mittleren Grad hilflos ist jemand, der noch nicht in allen, aber in den meisten alltäglichen Lebensverrichtungen auf die Hilfe Dritter angewiesen ist. Bisher wurde eine solche Hilflosenentschädigung nur geleistet, wenn vor dem Rentenalter bereits eine IV-Rente bezogen wurde oder wenn die Hilflosigkeit bei schwerem Grad vorlag und der Betreffende andauernde Pflege und Überwachung von Dritten beanspruchte.

- Die automatisch getrennt ausbezahlte Ehepaarrente.

Vorher musste dafür ein Antrag gestellt werden.

- Besserstellung von geschiedenen Frauen.

Bei ihrer Rentenberechnung muss eine Erziehungsgutschrift (=fiktives Einkommen in der Höhe der dreifachen minimalen Altersrente) mit einbezogen werden.

Wegen des beträchtlichen administrativen Aufwands von Punkt vier wird dieser erst auf den 1. Januar 1994 in Kraft gesetzt, während die anderen bereits seit 1. Januar 1993 in Kraft sind.

Dieses erste Massnahmenpaket begünstigt 723 400 Personen und kostet 624 Millionen Franken, wovon 58 Millionen durch damit überflüssige Ergänzungsleistungen wegfallen.

Zweites Paket

Im zweiten Paket nun wird eine Systemänderung beantragt mit einem Splitting-Modell mit folgenden Grundelementen:

- Jede rentenberechtigte Person hat Anspruch auf ihre eigene, individuelle Rente. Es gibt keine Ehepaarrente mehr.

■ Das während der Ehe erzielte Einkommen eines Ehepaares wird für die Rentenberechnung aufgeteilt und gegenseitig ange-rechnet.

- Die Leistungen für Erziehung von Kindern und Betreuung

Fortsetzung auf Seite 16



Noch ist nicht absehbar, wann die zehnte AHV-Revision abgeschlossen sein wird.

(Photo Stahl)

* Grossrätin, Mellingen AG.

Fortsetzung von Seite 15

naher Angehöriger werden durch Gutschriften honoriert.

■ Eine neue Rentenformel soll einen nicht vertretbaren Leistungsabbau vermeiden.

■ Für Altrentner wird das bisherige AHV-System beibehalten.

■ Das Rentenalter der Frauen wird von 62 auf 64 erhöht. Dies wird in zwei Schritten vollzogen: vier Jahre nach Inkraftsetzung der AHV-Revision auf 63, nach weiteren vier Jahren Erhöhung auf 64. Die Erhöhung des Rentenalters der Frauen erspart der AHV in einem Jahr 400 Mio. Fr.

Der Nationalrat hat dieses zweite Paket in der Märzsession mit 92:22 genehmigt.

Umstrittene Punkte

Diese Vorlage ist nicht unbestritten. Ausser dem Rentenalter für Frauen, das vor allem von Linken und Gewerkschaftern angefochten wird, sind folgende Punkte umstritten:

■ Während zwanzig Jahren gibt es zwei verschiedene Rentensysteme für Neurentner und Altrentner, da man aus administrativen Gründen die bisherigen nicht umrechnen kann. Trotzdem braucht dieser Wechsel 300 bis 400 neue Stellen.

■ Die Zivilstandsunabhängigkeit wird nicht vollends gewährt. Ein gut verdienendes Konkubinatspaar erhält zwei Maximalrenten à 100 Prozent, ein entsprechendes Ehepaar dennoch weiterhin nur 150 Prozent.

■ Gewisse Neurentner werden im Vergleich finanziell besser gestellt als Altrentner unter gleichen Bedingungen.

Wertung

Ein System in Richtung Individualrente ist sicher politisch richtig und zeitgemäss. Auch die Honorierung der Erziehungs- und Betreuungsleistungen in der Sozialversicherung ist für uns Frauen wichtig.

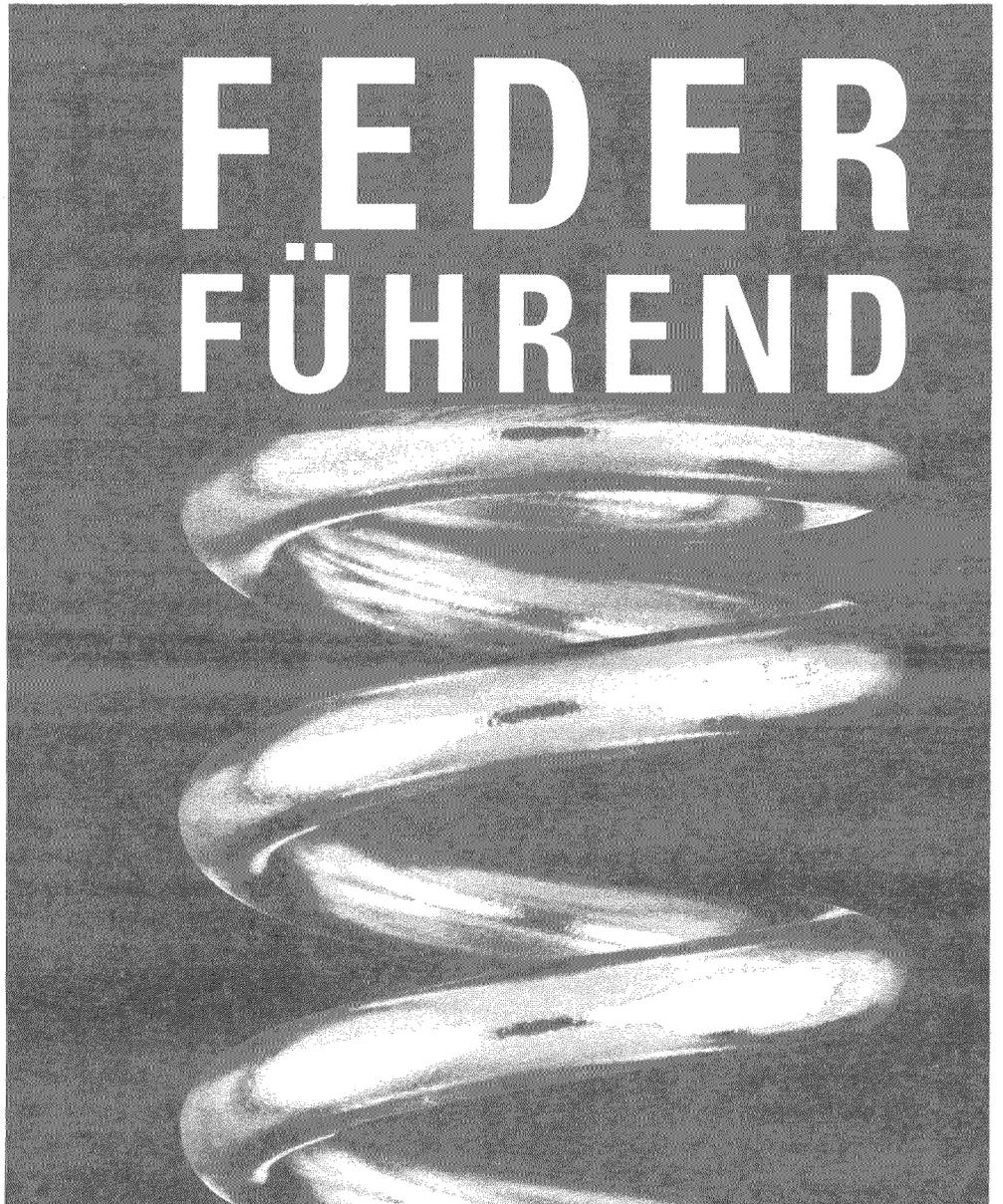
Im Ständerat hat die zuständige vorberatende Kommission ihre Arbeit aufgenommen. Sie hat von der Verwaltung zusätzliche Abklärungen verlangt, insbesondere ist ein Grundlagenpapier zu erstellen über die Ausgestaltung einer Einheitsrente,

die im Laufe des Sommers als Alternative zum Splittingmodell ins Gespräch kam.

Für die freisinnigen Frauen ist es wichtig, dass alle Möglichkeiten geprüft werden, aber es dür-

fen nicht wieder Jahre vergehen, bis die zehnte AHV-Revision endlich durchgeführt ist. ■

FEDER FÜHREND



BAUMANN + CIE AG
Federnfabrik, CH-8630 Rüti
Tel. 055/848 111
Telex 875 606, Fax 055/848 511

Wo steht die FDP?

Die Suche nach Profil ist an sich erfreulich. Daniel Woker, Vizepräsident der FDP Schweiz International, gibt dieser Profilsuche in scharfen Worten Ausdruck, in seinem Artikel «Kein Platz für Rechtsextremismus in der FDP» im letzten «Freisinn». Doch ist es nicht auffallend, wie in letzter Zeit die Abgrenzung nach rechts vorangetrieben wird, während sie nach links immer verschwommener wird?

Einige Beispiele: Bundesratswahl, Sozial-Charta, Zustimmung zu Nationalrat Andreas Gross als Mitglied der Militärkommission. Die Liste könnte weitergeführt werden mit dem leichtfertigen Verzicht auf eine eindeutig klare Haltung zur Neutralität. Muss die Zustimmung zu einer schweizerischen Blauhelmtruppe nicht als Absage an den Gedanken der unbedingten Neutralität gewertet werden? Hat nicht gerade diese Haltung die Schweiz befähigt, als Vermittler

zwischen den Blöcken Brücken zu bauen?

Daniel Woker hat in seinem Artikel von Parteiausschlüssen gesprochen, falls sich freisinnige Parteimitglieder dazu hergeben würden, dem Referendumskomitee gegen die Uno-Konvention gegen Rassendiskriminierung beizutreten. Meiner Meinung nach würde es einer liberalen staatstragenden Partei wie der FDP besser anstehen, wenn diese Partei sachlich über den Inhalt dieser Konvention informieren würde, anstatt sich der Problematik dieser Vorlage dadurch zu entziehen, indem man sie in die rechtsextreme Ecke abschiebt. In dieser Uno-Konvention ist meiner Meinung nach ein Zündstoff eingebaut, der einer liberalen Partei zu denken geben müsste. Allzuleicht kann diese Konvention als Instrument zu einem verhängnisvollen Meinungs- und Gesinnungsterror missbraucht werden. *Rudolf Burger, Burg*

Konzepte statt Schlagworte

Hochaktuelle Themen umfassend behandelt: das bietet Ihnen die «Politische Rundschau», welche die FDP viermal jährlich zum Selbstkostenpreis herausgibt. Nutzen Sie diese fundierte Informationsmöglichkeit, um sich zu politisch brisanten Problemen ihr eigenes Urteil zu bilden.

Talon

Ich bestelle zum Selbstkostenpreis von Fr. 5.- pro Exemplar:

- Ex. Nr. 1+2/92: «Die aktuelle Drogendebatte: Ein Überblick über Thesen und Modelle»
- Ex. Nr. 3/92: «Bericht und Thesen zur schweizerischen Neutralität von morgen»
- Ex. Nr. 4/92: «Freisinnige Standortbestimmung zur Umwelt- und Energiepolitik, zur Wirtschafts- und Entwicklungspolitik, zum Wohnproblem und zur Neat-Finanzierung»
- Ex. Nr. 1/93: «Unerlässliche Mitwirkung der Schweiz – verkraftbare Anpassung unserer nationalen Politik: Die FDP zur Uruguay-Runde des Gatt»
- Ex. Nr. 2/93: «Aktiv jenseits der Grenzen: FDP Schweiz International. Die politische Heimat für Schweizerinnen und Schweizer im Ausland»
- Ex. Nr. 3/93: «Regierungsreform: Arbeitsgrundlagen zur Reform 1993 und zu weiteren Modellen»

Name Vorname
 Strasse/Nr. PLZ/Ort
 Datum Unterschrift

Bitte einsenden an: FDP-Generalsekretariat, Postfach 6136, 3001 Bern.

VERANSTALTUNG

Mehrwertsteuer

Delegiertenversammlung, Samstag, 16. Oktober 1993, Festsaal des Kaufmännischen Verbandes Bern, Zieglerstr. 20, Bern

- ab 9.00 Uhr Kaffee und Gipfeli
 9.40 Uhr Begrüssung durch Parteipräsident und Nationalrat Franz Steinegger, Flüelen
 Musikalische Darbietung der «Berner Liedertafel»
 10.00 Uhr Eröffnungsansprache von Parteipräsident Nationalrat Franz Steinegger, Flüelen (UR)
 10.15 **Abstimmungsvorlagen vom 28. November 1993 über die Volksinitiativen «zur Verminderung der Alkohol- und Tabakprobleme» (sog. «Zwillingsinitiativen»)**
 Podiumsveranstaltung
 anschliessend Diskussion, Standpunkt des Bundesrates und Beschlussfassung über den Parolenantrag
 11.30 Uhr **Abstimmungsvorlagen vom 28. November 1993 über die Einführung der Mehrwertsteuer**
 ■ Bundesbeschluss vom 18. Juni 1993 über die Finanzordnung
 ■ Bundesbeschluss vom 18. Juni 1993 über einen Beitrag zur Gesundung der Bundesfinanzen
 ■ Bundesbeschluss vom 18. Juni 1993 über Massnahmen zur Erhaltung der Sozialversicherung
 ■ Bundesbeschluss vom 18. Juni 1993 über besondere Verbrauchssteuern
 Podiumsveranstaltung
 anschliessend Diskussion, Standpunkt des Bundesrates und Beschlussfassung über den Parolenantrag
 12.50 Uhr Schlusswort des Präsidenten
 13.00 Uhr Apéritif und Imbiss

Zur a. o. Delegiertenversammlung sind alle FDP-Mitglieder herzlich eingeladen.

Anmeldetalon

für die a. o. Delegiertenversammlung vom 16. Oktober 1993

Name:
 Vorname:
 Strasse:
 PLZ/Ort:
 Datum:
 Unterschrift:

Talon bitte einsenden an: FDP-Generalsekretariat, Postfach 6136, 3001 Bern, Tel. (031) 22 34 38, Fax (031) 21 19 51.

**Ab 25. September 1993 neue Nummern:
 Tel. (031) 311 34 38, Fax (031) 312 19 51.**

Jahresbericht Rapport annuel

Die Arbeit der
Freisinnig-Demokratischen Partei der Schweiz
und der Freisinnig-Demokratischen Fraktion
der Bundesversammlung

L'activité du
Parti radical-démocratique suisse
et du Groupe radical-démocratique
de l'Assemblée fédérale

92/93

FDPO PRDO PLRO

Ich bestelle:

_____ Ex. Jahresbericht 92/93
(1 Ex. gratis, 163 Seiten, dt./frz.)

Name: _____ Vorname: _____

Str./Nr.: _____ PLZ/Ort: _____

Datum: _____ Unterschrift: _____

Bitte einsenden an:

FDP-Generalsekretariat, Postfach 6136, 3001 Bern.

FDP-NEWS

**Rollende
Programmplanung**

Wie entsteht ein Parteiprogramm? Insider wissen, dass diese bei der FDP alle vier Jahre vorliegende Broschüre mit dem Titel «Zielsetzungen» das Resultat einer gewaltigen Arbeit ist.

Zunächst wird eine Programmkommission gebildet, dann werden die Parteiausschüsse aktiviert und die Positionspapiere, die bei den Frei-

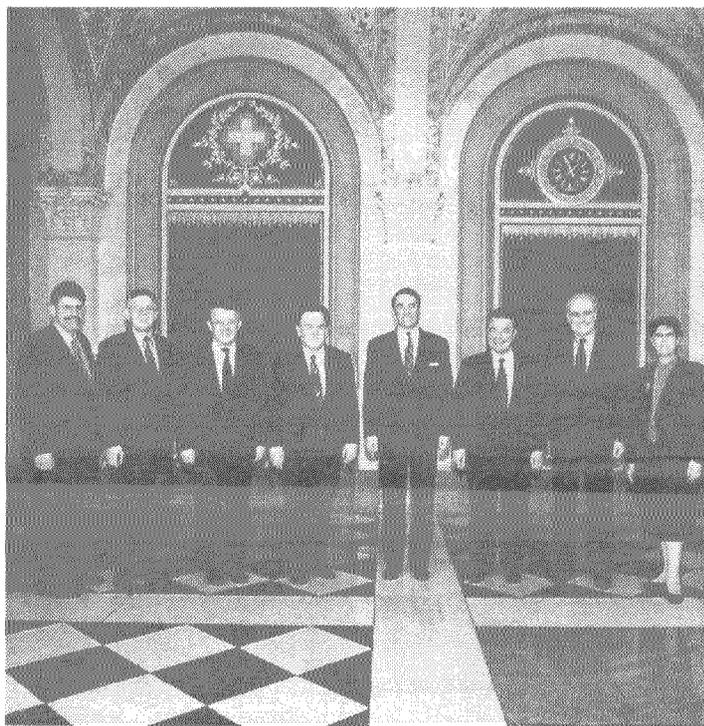
sinnigen alle Bereiche der Politik umfassen, in die Kantone getragen. In einem ebenfalls gewaltigen Schlussakt wird dann – termingerecht vor den eidgenössischen Wahlen – das ganze Programm an einer Delegiertenversammlung öffentlich beraten und verabschiedet. Das ist jeweils nicht nur für die Delegierten, sondern auch für Medienschaffende ein grosser Brocken, den es zu verdauen gilt.

Die Geschäftsleitung der FDP der Schweiz hat nun beschlos-

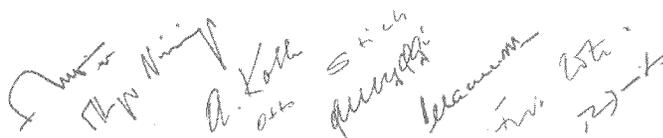
Autogrammkarte

Die Autogrammkarte des Bundesrates 1993 findet reissenden Absatz. Innert Monatsfrist war die erste Auflage von 1000 Exemplaren vergriffen, so dass die Bundeskanzlei 2500 weitere Exemplare nachdrucken lassen musste. Die Karte zeigt auf einem Farbbild des Photographen Heinz Hug die sieben Mitglieder der Landes-

regierung und den Bundeskanzler vor dem Bundesratszimmer, darunter – freilich nicht im Original – ihre Unterschriften. Die Autogrammkarte kann unter Beilage einer adressierten Klebetikette beim Informationsdienst der Bundeskanzlei, 3003 Bern, bezogen werden. ■



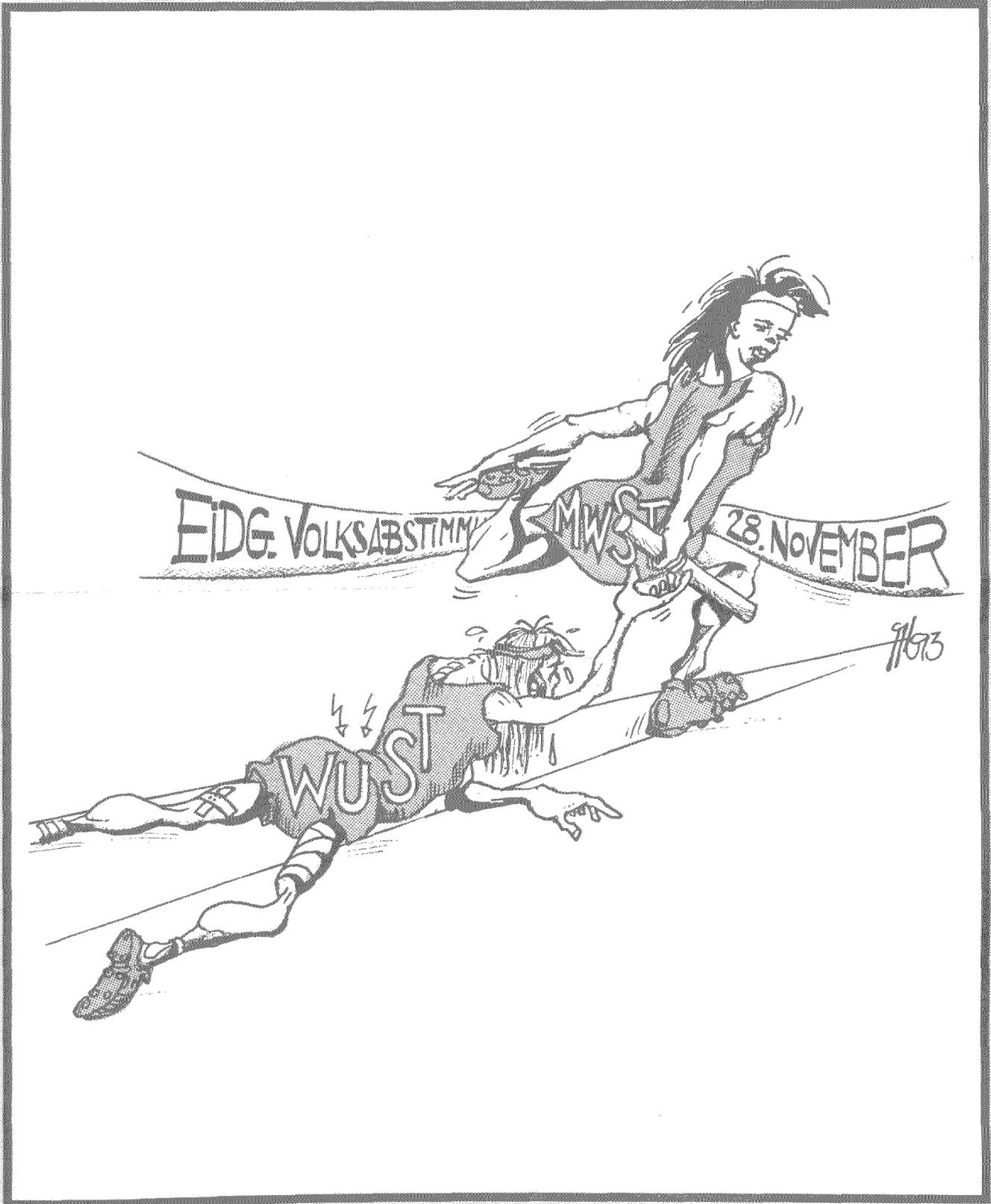
Bundesrat / Conseil fédéral / Consiglio federale 1993



sen, das alte System durch das System der «Rollenden Programmplanung» zu ersetzen. Neu soll im Laufe einer Legislatur ein Dossier mit etappenweise aktualisierten Positionspapieren erstellt werden. Das erlaubt der Partei, sich programmatisch stets à jour zu halten. Das erlaubt aber auch jedem politisch Interessierten, sich über die aktuellen Positionen der FDP in allen politischen Bereichen jederzeit ins Bild zu setzen, denn alle Positionspapiere

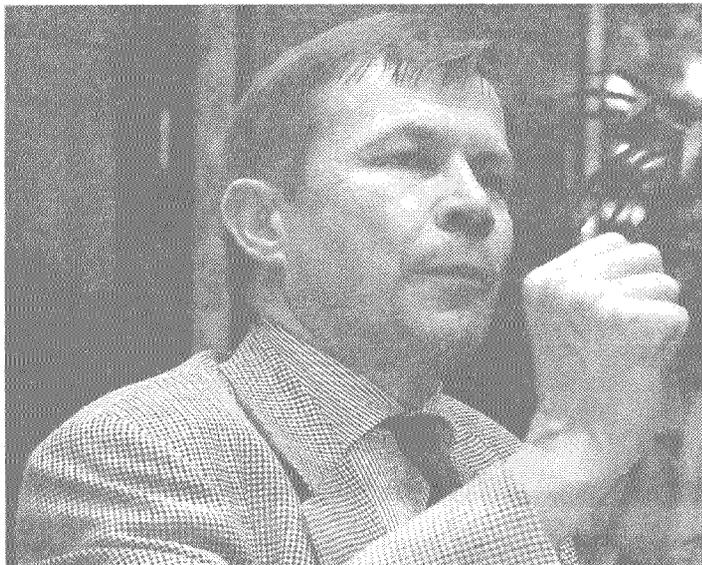
sind – wie bisher – jederzeit vollständig greifbar.

Die Parteiausschüsse haben in ihren Bereichen die Aufgabe, periodisch Positionspapiere auszuarbeiten. Neu übernimmt ein Steuerungsausschuss die wichtige Funktion, die früher alle vier Jahre die Programmkommission innehatte. Die Positionspapiere werden wie bisher durch die Delegiertenversammlung verabschiedet, jedoch nicht alle auf einmal, sondern ebenfalls etappenweise. **AMK**



«FDP persönlich» mit Franz Steinegger

Noch vor den Sommerferien war FDP-Parteipräsident und Nationalrat Franz Steinegger bei «FDP persönlich» zu Gast gewesen. Spontan und locker antwortete er in der sehr gut besuchten Brasserie Lipp in Zürich auf die Fragen von NZZ-Redaktor Gottlieb F. Höpli.



Parteipräsident Franz Steinegger in Aktion.

Um die neunzig Personen drängten sich am 22. Juni in den plötzlich viel zu kleinen Saal der Brasserie Lipp, um die Persönlichkeit Franz Steinegger kennenzulernen. Vater Steinegger war als Elektriker in der Munitionsfabrik Altdorf tätig und Mitglied der Gewerkschaft SMUV. Doch verstand er das Unternehmertum schon früh auch als Begründer von Arbeitsplätzen. Ein gesundes Verhältnis zur Wirtschaft, ohne deren Befehlsempfänger zu sein, prägte denn auch Sohn Franz. Die Schwester bewegte und bewegt sich in der linken Szene. Politische Auseinandersetzungen am Mittagstisch waren deshalb an der Tagesordnung.

Für einen Politiker, der etwas bewegen wollte, waren die Möglichkeiten im engen Kanton Uri beschränkt. Handkehrum wurde der Bergler als einziger Nationalrat des Kantons im Jahre 1980 in

FDP PERSÖNLICH

Ort:

Brasserie Lipp, Salle Montparnasse, Urantastrasse 9, 8001 Zürich

Nächste Veranstaltung:

8. Oktober 1993, 18.00 Uhr, Pascal Couchepin, Nationalrat und Präsident der Nationalratsfraktion der FDP.

Einladungen erhältlich bei: FDP des Kantons Zürich, Spitalgasse 5, Postfach, 8025 Zürich, Telefon (01) 261 40 80, Fax (01) 261 50 90.

Bern zunächst mit Zurückhaltung empfangen. Machtgehabe ist Steinegger, der im Jahre 1987 zusammen mit Kaspar Villiger als Bundesratskandidat galt, fremd. Als Parteipräsident versteht er sich vielmehr als Moderator, der prospektiv führt und einmal entwickelten Ideen zur Mehrheitsfähigkeit verhilft.

Bereitwillig setzte sich Steinegger mit den Fragen des Publikums auseinander, das an diesem «FDP persönlich»-Abend wieder voll auf seine Kosten kam. ■



Die FDP ist auch eine Partei der Frauen und der Jungen.